





**Jetzt heißt es Farbe bekennen!**

# Die Forderungen der Kommunisten im Reichstag

**Schafft die Einheitsfront zum außerparlamentarischen Kampf für diese Forderungen!**

Berlin, 13. Oktober. (Eig. Bericht.) Sofort bei Zutritt des Reichstages übergab Genosse Zörgler dem Reichspräsidenten folgende kommunistische Anträge:

## Weg mit Brüning!

Der Misstrauensantrag gegen die Brüning-Regierung.

Der Reichstag wolle beschließen:

Die Reichsregierung Dr. Brüning besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages.

## Sofortige Aufhebung der Notverordnungen

1. Die Notverordnung vom 26. Juli 1930 (RGBl. Nr. 31 vom 27. Juli 1930), enthaltend Besamtennotopfer, Ledigensteuer, Kopf- und Gemeindefürsorge, Abbau der Arbeitslosenversicherung, der Krankenversicherung und der Kriegsoffiziersversorgung ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben.
2. Alle auf Grund dieser Notverordnung geleisteten Zahlungen sind zurückzuerstatten.
3. Alle geläufigen Unterstüßungsbeträge sind nachzuzahlen.
4. Alle Maßnahmen gegen diejenigen, die sich gegen die Bestimmungen dieser Notverordnung zur Wehr gesetzt haben und ihre Durchführung verweigert haben oder verweigern, sind sofort aufzuheben.

## Einstellung der Young-Zahlungen

Alle Zahlungen auf Grund des Young-Plans sind mit sofortiger Wirkung einzustellen.

## Winterbeihilfe für alle Notleidenden

In Anbetracht der ungeheuren Notlage wird die Reichsregierung aufgefordert, den Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentnern, sowie allen Fürsorgeberechtigten eine Winterbeihilfe aus den Mitteln des Reiches auszusprechen. Die Winterbeihilfe beträgt für die Hauptunterstützungsempfänger 40 Reichsmark, für jeden Unterhaltungsberechtigten 12 Mark. Empfänger von Waisenrente erhalten 12 Mark.

## Sofortige Aufhebung des RFB-Verbots

Die auf Veranlassung des früheren Reichsinnenministers Sewering erfolgten Verbote des Roten Frontkämpferbundes, der Roten Jungfront und der Antifaschistischen Jungen Garde sind mit sofortiger Wirkung außer Kraft zu setzen.

★

Am Dienstag, dem 14. Oktober, werden folgende kommunistische Anträge dem Reichstagsbüro zur sofortigen Beratung übergeben:

## Gegen die Kapitalflucht

Der Reichstag wolle beschließen, folgendem Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen: Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Kapitalflucht und Steuerhinterziehung.

Artikel I

Wer sich der Verschickung deutschen Kapitals ins Ausland (Kapitalflucht) schuldig macht, wird bestraft mit Zuchthaus nicht unter drei Jahren und mit einer Geldstrafe von mindestens der Höhe des geschickten Kapitals.

Artikel II

Zur Bekämpfung der Kapitalflucht und der Steuerhinterziehung wird das Bankgeheimnis aufgehoben. Die verantwortlichen Leiter der Banken und sonstigen kapitalistischen Unternehmungen sind verpflichtet, auf Befragen eidesstattliche Aussagen zu machen.

Artikel III

Die durch die Bekämpfung der Kapitalflucht und Steuerhinterziehung eingebrachten Gelder werden für den Ausbau und die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung, Arbeits- und Wohlfahrtsunterstützung benützt.

## Glosse vom Tage

### Alles nieft

Dem Antifaschistischen Pressedienst wird von dem Landesauswärtigen für holländische Volksbelehrung geschrieben: Wenn zur Herbstzeit Regen, Wind und kalte Temperaturunterschiede zwischen Morgen, Mittag und Abend unsere Witterung beherrschen, dann beginnt die Schnupfenzeit.

Man achte vor allem auf die Vermeidung kalter Füße und Sorge für warme, trockene Strümpfe und feste Schuhe mit heißen Sohlen.

★

„Man“ achte... „Man“ Sorge... „Man“ nehme! Arbeitsloser, was sagst du zu dieser rührenden Sorge der preussischen Obrigkeit um deine Gesundheit?

Du siehst das Geld dazu? Du, dem man die Unterstützung noch weiter abbaut, empfindest das als Hohn? Auch du, Genosse Metallarbeiter, der du jetzt acht Prozent deines Lohnes „auf den Altar des notleidenden Vaterlandes“ legen sollst, wovon du dir gerade das Schuhwerk kaufen und reparieren lassen könntest?

Es ist nicht nur Hohn, sondern Frechheit und Provokation, wenn Herr Braun solche Ratsschläge in demselben Augenblick geben läßt, da er sich mit Brüning zu weitern Kämpfen auf die Taschen der notleidenden Werktätigen verbündet.

Natürlich magst du trockene Strümpfe und feste Schuhe mit heißen Sohlen in diesem Winter haben.

Daher kämpfe um Erhöhung deines Lohnes oder deiner Rente und gegen jeden Abbau.

Alles nieft? Nein, alles flucht auf die heutigen Mächthaber und besonders auf Sie, Herr Braun.

## Fort mit der Lohnsteuer!

Die Lohnsteuer (§§ 69 bis 82 des Einkommensteuergesetzes) wird aufgehoben; gleichzeitig wird das steuerfreie Existenzminimum für alle Einkommensteuerpflichtigen bis zu einem Jahreseinkommen von 5000 Mark auf 2400 Mark erhöht; die bisher für die Lohnsteuerpflichtigen geltenden sozialen Abzüge gelten für alle Einkommensteuerpflichtigen bis zu einem Einkommen von 5000 Mark.

Im Falle der Ablehnung!

Das steuerfreie Existenzminimum aller Einkommensteuerpflichtigen bis zu einem Einkommen von 5000 Mark wird erhöht auf 2400 Mark.

Im Falle der Ablehnung:

Für alle Einkommensteuerpflichtigen bis zu einem Einkommen von 5000 Mark wird der Steuersatz um 50 Prozent ermäßigt.

## Ausdehnung der Krisenfürsorge

Die geltende Verordnung über Krisenfürsorge ist nach folgenden Gesichtspunkten abzuändern:

1. Arbeitslose, die die Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung noch nicht erfüllt haben, oder deren Anspruch auf Unter-

stützung erschöpft ist, erhalten Krisenunterstützung ohne Anwendung der Bedürftigkeitsprüfung für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit.

2. Diejenigen Arbeitslosen, die infolge der geltenden Bestimmungen gegenwärtig keine Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung erhalten, werden in die Krisenfürsorge aufgenommen.

## 300 Millionen für die Gemeinden zur Auszahlung an Bedürftige

Die Reichsregierung wird aufgefordert, zur Vinderung der Not, die unter den siebenstündigen Erwerbslosen herrscht, den Gemeinden aus Reichsmitteln 300 Millionen Mark zu überweisen mit der Maßgabe, die Gemeinden zu verpflichten, an die ausgesetzten Erwerbslosen Unterstüßungen in der Höhe der Hauptunterstützungssätze nach dem RMVG. auszusprechen.

★

Außer diesen Forderungen hat die kommunistische Reichstagsfraktion noch Anträge für den Siebenstündentag bei vollem Lohnausgleich — für Arbeitsbeschaffung und Erwerbslosenhilfe — für Abschaffung des Schlichtungswesens und sofortige Aufhebung des Berliner Schlichtungsbeschlusses in der Metallindustrie gestellt.

Wir bringen morgen auch diese Anträge im Wortlaut.

# Die NSDAP. als Schutzgarde der Bischofspaläste

Hitler bestellt um die Anerkennung durch die römisch-katholische Kirche

Durch die Predigt eines unbedeutenden Dorfpfarrers in dem wohl den meisten Menschen unbekanntem Orte Reichshausen stellte sich heraus, daß der Mainzer Bischof jedem Katholiken verboten hat, „eingeschriebenes Mitglied der Hitler-Partei zu sein“. Mitglieder der NSDAP. könnten nicht zu den Sakramenten zugelassen werden. Aus der Predigt des Dorfpfarrers wurde jetzt eine Hauptaktion der NSDAP. um Anerkennung durch die römisch-katholische Kirche.

Der „Völkische Beobachter“ ist seit einigen Tagen zu einem wesentlichen Teil mit Artikeln und Zuschriften ausgefüllt, in denen immer wieder die Kirchentreue der Nationalsozialisten betont wird. Der Anlaß des neuen braunschweigischen Kultusministers vor Brüning und Birth wird zum Beweis genommen, daß die NSDAP. auf das eifrigste die Interessen der römisch-katholischen Kirche verfolgt. Im „Völkischen Beobachter“ vom 10. Oktober befindet sich neben anderen Veröffentlichungen zu dieser Frage auch eine öffentliche Anfrage einiger namentlich nicht genannter katholischer Priester an das bischöfliche Ordinariat von Mainz. Darin wird darauf hingewiesen, daß sich unter den Mitgliedern der NSDAP. auch eine größere Anzahl katholischer Priester befinden. Ein bekannter deutscher Bischof habe nicht minder bekannten Priestern seiner Diözese die Mitgliedschaft bei der NSDAP. nicht nur nicht verboten, sondern erklärt, die Entscheidung hierüber dem Gewissen des einzelnen überlassen zu wollen.

Der „Völkische Beobachter“ beruft sich weiter in einer längeren Auseinandersetzung mit dem Mainzer Bischof darauf, daß vielerorts die Sturmjahren der NSDAP. schon von katholischen Geistlichen geweiht wurden, daß geistliche Herren sich offen als Nationalsozialisten bekennen und daß die NSDAP. „den Katholizismus programmatisch ausdrücklich in seinen Schutz nimmt.“ Empört wird der Vorwurf zurückgewiesen, die Nationalsozialisten seien Boten-Anbeter.

Es wäre falsch, in dem Erlaß des Mainzer Bischofs eine Kampfschrittlinie gegen die NSDAP. zu erblicken. Offensichtlich handelt es sich darum, die Nationalsozialisten für die Politik Roms noch fester in die Hand zu bekommen.

Die römische Kirche denkt nicht daran, in irgendeinem auch nur scheinbaren Gegensatz zum Faschismus zu stehen. Sie ist der treueste Gehilfe Mussolinis. Sie ist der Eifrigste bei der Errichtung der faschistischen Diktatur in Österreich und ist nicht nur durch den katholischen Brüning an der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland beteiligt. Es wird ihr wahrlich nichts ausmachen, ob neben oder an Stelle des katholischen Brüning der katholische Hitler oder der Jesuitenführer Dr. Goebbels Diktatoren in Deutschland sind.

Es ging der katholischen Kirche nur darum, den deutschen Faschismus daran zu erinnern, daß nicht nur die Bankherren, Industriemagnaten und Großgrundbesitzer an den Geschäften beteiligt sein wollen, die der Faschismus durch blutigen Terror in Deutschland vergrößern soll. Auch der Peterspennig, der nach Rom wandert, wie die Millionen für die katholische Kirche in Deutschland, soll vergrößern, die Bischofspaläste und die gefüllten Keller und Küchen der Pfarrhäuser zu schütten.

Diese Absicht Roms ist in vollem Umfange geglückt. Hitler und die ganze NSDAP. liegen auf dem Bauche vor Rom und den deutschen katholischen Oberhäuptern. Die hungernden Massen sollen das Bündnis zwischen Hakenkreuz und Kreuz mit verbündeter Ausräuberung bezahlen. Unter dem Schutze des Terrors nationalsozialistischer Sturmabteilungen soll die schwarze Kutte Roms das Licht der Wissenschaft verdunkeln, sollen Schulen und Universitäten den Pfaffen ausgeliefert werden.

Das ist der Sinn des Wortstreits zwischen dem Bischof von Mainz und der NSDAP.

## Terror gegen rote Kommunalfunktionäre

Halle, 13. Oktober. (Eig. Bericht.) Die sozialdemokratischen Landräte sehen die Maßregelung roter Kommunalfunktionäre fort. In Ammendorf wurden neuerdings zwei Genossen ihrer Ämter entbunden, aus Hildorf, Müncheberg, Bebra, Bitterfeld und Kelbra sind 7 Genossen, die als Magistratsmitglieder, Kreisratsmitglieder oder Schöffen tätig waren, ihrer Ämter entbunden worden.

Dieser Maßregelungswelle gegenüber setzt der Proteststurm der Einwohner der verschiedenen Orte ein. In Amtdorf sprach eine Einwohnerversammlung den gemäßigtesten Gemeindefunktionäre ihr Vertrauen aus und erhob schärfsten Protest gegen diese Maßregelung. In ähnlichem Sinne entschied sich eine öffentliche Einwohnerversammlung in Torgau. In beiden Versammlungen wurde das Bekenntnis zur außerparlamentarischen Massenaktion und Steuerstreik abgelegt.

Trotz Maßregelungen und Justizterror bekennen sich immer mehr rote Kommunalfunktionäre zu dem Aufruf vom 7. August, zum Steuerstreik. In Müchlich hat sich der Schöffe Genosse Stodt, in Katersdöbersdorf der Genosse Zeißche und in Sauglitz der Genosse Bruno Reismann mit diesem Aufruf einverstanden erklärt.

## Die rote Flut steigt

Der Bezirk Hessen-Frankfurt der SPD. hat während des Wahlkampfes nicht nur eine ideologische Mobilisierung der Massen für die Ziele der kommunistischen Partei, für den revolutionären Klassenkampf betrieben, er hat auch die organisatorische Basis erweitert. Während der Wahl bis zum 8. Oktober hat die Werbearbeit folgendes Ergebnis gezeitigt:

1430 neue Mitglieder für die Partei, 400 neue Abonnenten für die Arbeiterzeitung wurden gewonnen.

32 neue Ortsgruppen und 3 neue Betriebszellen wurden gegründet.

Das ist der Anfang. Tausende und Zehntausende sind für den revolutionären Klassenkampf zu gewinnen als Mitglieder der SPD. als Leser der kommunistischen Presse.

## Arbeiterfundgebungen gegen die Balkankonferenz

Athen, 13. Oktober. Wie das Zentralorgan der KP. Griechenlands, „Rigospaktis“ mitteilt, fand anlässlich der imperialistischen Balkankonferenz eine vom „Komitee zur Bekämpfung der Kriegsfahrt“ einberufene überfüllte Versammlung statt, an der sich über 1200 Personen, hauptsächlich Arbeiter, beteiligten. Die vor dem Saal versammelte Menschenmenge wurde von der Polizei auseinandergetrieben.

Die Versammlung faßte eine Entschließung, worin der Charakter des vom Völkerbund zwecks Bildung eines Antisowjetbunds und der Unterdrückung der revolutionären Bewegung einberufenen Balkankonferenz hervorgehoben wird. Die Entschließung fordert die Arbeitermassen der Balkanländer auf, dem Bund der Imperialisten die Einheitsfront der revolutionären Arbeiterschaft entgegenzustellen, um die drohende Kriegsgefahr zu bekämpfen, die Sowjetunion zu verteidigen und das Joch des ausbeuterischen Kapitals zu brechen.

Die Versammelten sandten dem in Griechenland eingetroffenen Sowjetgeschwader brüderliche Grüße.

## Sowjetrussisch-chinesische Konferenz in Moskau

Moskau, 13. Oktober. Die bereits für Januar vorgesehene, aber durch die Manling-Regierung immer wieder hinausgezögerte sowjetrussisch-chinesische Konferenz hat nunmehr hier begonnen. Zur Beratung steht gemäß dem Protokoll von Chabarow die Lage an der Ostchinesischen Bahn, wo bekanntlich die weißgardistischen Umtriebe gegen die Sowjetunion andauern.

## Kurze Auslandsnachrichten

Im Gefängnisgebäude von Nabo (Finnland) begann die Gerichtsverhandlung gegen 17 revolutionäre Arbeiter, darunter mehrere ehemalige Sejmabgeordnete.



# Niederschlesische Bergbaudelegierte beschließen: Her mit einer Mark Lohnerhöhung

Die Industrie-Gruppentagung am 12. Oktober in Weiskirchen schließt sich dem auf der ersten Delegiertenversammlung der Waldenburger Bergarbeiter aufgestellten Kampfprogramm an und fordert alle Waldenburger und Neuroder Bergarbeiter auf, den Kampf für folgende Hauptforderungen zu organisieren:

1. Befestigung des besonderen Lohntarifs für Neurode. Gleichstellung des Neuroder Reviers mit dem Waldenburger.

2. Befestigung der Löhnerhöhungsmaßnahmen, d. h. Niederlassung der Siebenstundentage unter Tage und des Achtstundentages über Tage.
3. Erhöhung der Schichtlöhne um eine Mark.
4. Abwehr jeder Verschlechterung der knappschaftlichen Versorgung, Erhöhung der Renten und des Krankengeldes.

Arbeitslosen als Bekämpfer zu Tarifkämpfen sowie ausreichende Unterstützung aller Erwerbslosen für die Dauer ihrer Arbeitslosigkeit.

Die bisherige lose Verbindung reicht zur Erfüllung der gegenwärtigen und zukünftigen Arbeit unter den Erwerbslosen nicht mehr aus. Die gewaltigen Angriffe der Finanzkapitalisten auf die Lebenshaltung der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen erfordert Maßnahmen, die nur durchgeführt werden können, wenn parallel mit der Forderung der Betriebsarbeiter in den Betriebsgruppen der RGO. namentlich auch die Erwerbslosen organisiert und fest organisiert werden in

## Mobilisierung und Organisierung notwendig

Die Delegierten der Industrie-Gruppentagung beauftragen das Bezirkskomitee, Industrie-Gruppe Bergbau, folgende Maßnahmen durchzuführen und verpflichten sich, auch selbst aktiv Hand an Werk zu legen:

1. Organisierung von Belegschaftsversammlungen, in denen zu den aufgestellten Forderungen Stellung genommen wird und vorbereitende Kampfausschüsse gewählt werden. In diesen Belegschaftsversammlungen sind die entlassenen Bergarbeiter und auch die Bergarbeiterfrauen heranzuziehen.
2. Die Wahl der Kampfausschüsse muß so geschehen, daß darin kampfgewillte, organisierte und unorganisierte, kommunistische, sozialdemokratische, christliche, parteilose, erwachsene und jugendliche Kameraden vertreten sind. Ebenfalls muß versucht werden, die Ausschüsse durch Einwirkung von Frauen und Vertretern der Erwerbslosen zu ergänzen.
3. Organisierung von Jugendbelegschaftsversammlungen.
4. Organisierung von Versammlungen der Bergarbeiterfrauen.
5. Mobilisierung der gewerkschaftlich organisierten Bergarbeiter, auch dadurch, daß die Anhänger der revolutionären Gewerkschaftsopposition verpflichtet werden, in den Ver-

bandsversammlungen und Konferenzen im Sinne der von der Delegiertenkonferenz gefassten Beschlüsse aufzutreten und, wenn Versammlungen von den reformistischen und christlichen Bürokraten und Postenansetzern sabotiert werden, die Einberufung von Belegschaftsbelegschaftsversammlungen zu fordern.

6. Ausbau einer Betriebsgruppe der RGO. auf jeder Grube. Organisierung aller Arbeiter in der Betriebsgruppe der RGO. Schaffung eines Vertrauensmännerchens bis in die kleinste Betriebsabteilung, bis ins kleinste Revier, Einbeziehung der revolutionären Betriebsräte und Betriebsratskandidaten in die Leitung und den Funktionarstab der Betriebsgruppe.
  7. Stärkere Verbreitung und Mitarbeit an der Ausgestaltung des „Schlegel und Eisen“.
  8. Schaffung eines Streikzuges durch Organisierung einer Betriebswehr auf jeder Grube zum Schutze der Streikenden gegen sozial- und nationalsozialistische Streikbrecherkolonnen.
  9. Stärkste Propaganda unter den organisierten und unorganisierten Kameraden zum Eintritt als Mitglied in die Betriebsgruppen der RGO.
- Die Durchführung der oben bezeichneten Maßnahmen ist zur Mobilisierung der Bergarbeiterschaft und zur Organisierung des Kampfes für die aufgestellten Forderungen unerlässlich.

Erwerbslosen Gruppen der RGO. Wir werden also eine umfassende Kampagne zur organisatorischen Erfassung aller Erwerbslosen in den Erwerbslosen Gruppen durchführen.

Diese Arbeit wird in der Hauptsache von den bestehenden Erwerbslosenausschüssen geleistet werden müssen. Die Ausschüsse, die die gewählte Leitung der Erwerbslosen darstellen, werden auch weiterhin alle Funktionen der Bewegung übernehmen. Nur keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, sei der klare Unterschied zwischen den Erwerbslosen Gruppen und den

Erwerbslosenstaffeln. Die Erwerbslosen Gruppen organisieren alle Erwerbslosen, und ihre Aufgabe besteht in der allgemeinen Vertretung ihrer Interessen. Die Erwerbslosen Staffeln sind Selbstschutzorganisationen, in denen bestimmte aktive Kräfte der Erwerbslosen zusammengeschlossen sind, die in enger Kampfgemeinschaft mit den Betriebswehren und dem Kampfband gegen den Faschismus gesammelt wirken.

Sofort muß an Hand von Aufnahmeformen eine großzügige Werbekampagne für die Auffüllung der Erwerbslosen Gruppen durchgeführt werden. (Dort, wo solche nicht vorhanden sind, müssen sie vom Bezirkskomitee der RGO. angefordert werden.)

Dazu ist notwendig, die bestehenden Erwerbslosenausschüsse auszubauen und zu befestigen. In den Orten, wo noch keine Ausschüsse bestehen, sind von den benachbarten Erwerbslosenausschüssen Versammlungen vorzubereiten, um auch dort Ausschüsse wählen zu lassen, damit sie die Arbeit unter den ortsmäßigsten Arbeitslosen aufnehmen.

Der Ausbau der Erwerbslosenausschüsse muß so erfolgen, daß alle Schichten: Arbeiter, Angestellte, Frauen und Jugendliche, in ihnen vertreten sind. Die Ausübung dieser Funktion darf von keinem Parteimitgliedsbuch abhängig gemacht werden.

Parteilose, sozialdemokratische, christliche Arbeiter und Arbeiterinnen sind dazu ebenso berechtigt, wie Mitglieder der kommunistischen Partei.

Die einzigste Bedingung, die wir stellen, ist, sie müssen ehrlich bestrebt sein und sich verpflichten, auf dem Boden des Klassenkampfes den Kampf der Arbeitslosen mit allen Kräfte zu unterstützen.

In jedem Ort, wo sich ein Arbeitsamt oder eine größere Zweigstelle befindet, ist unbedingt ein Erwerbslosenausschuss zu schaffen. In kleineren Orten, wo nur Rede- oder Nebenstellen bestehen, wird es genügen, einen oder mehrere Vertrauensleute zu wählen, die die notwendigen Arbeiten unter den Erwerbslosen ihres Ortes verrichten und mit dem nächstgelegenen Ausschuss eine Verbindung herstellen. In den großen Industrieorten ist dagegen zu empfehlen, auf jedem Fachgruppennachweis einen Inter-Ausschuss zu bilden, der dem Erwerbslosenausschuss des Gesamtortes angegeschlossen wird. Dieser Ausbau gibt die Möglichkeit, überall, wo die Erwerbslosen zusammenkommen — zur Stempelkontrolle, Arbeitsvermittlung, Zählstelle, Wohlfahrtsamt — mit ihnen in Verbindung zu kommen, um sie für den gemeinsamen Kampf zu organisieren.

In die einzelnen Erwerbslosenausschüsse sind Vertreter aus den für das betreffende Gebiet entscheidenden Betrieben von den Belegschaften hineinzudelegieren. Dadurch wird eine feste Verbindung zwischen Betriebsarbeitern und Erwerbslosen herbeigeführt und ein einheitliches Vorgehen bei allen notwendigen Kampfmaßnahmen gesichert. Die gesamte Arbeit wird von den Ortskomitees der RGO. geführt und kontrolliert.

Die Verbindung der örtlichen Erwerbslosenausschüsse erfolgt je nach der Struktur der einzelnen Bezirke und der Arbeitsämter mit den Unterbezirken bzw. Kreis-Ausschüssen. Die Unterbezirks- bzw. Kreis-Ausschüsse haben ihre Spitze in den Bezirks-Ausschüssen, die als Abteilungen des Bezirkskomitees der revolutionären Gewerkschaftsopposition angegliedert sind. Die Arbeit im Reichsmaßstab wird von der Erwerbslosenabteilung des Reichskomitees der RGO. geleitet.

Alle Funktionäre in der Erwerbslosenbewegung werden nicht — wie in den sogenannten „freien“ Gewerkschaften — ernannt, sondern in den Erwerbslosenversammlungen bzw. Delegiertenkonferenzen gewählt.

Die Erfüllung dieser gewaltigen Aufgaben erfordert die eifrige Mitarbeit aller aktiven Erwerbslosen und der Anhänger der revolutionären Gewerkschaftsopposition sowie auch aller Mitglieder der proletarischen Massenorganisationen.

Heran an die Arbeit!

## Gegen gelbe für rote Gewerkschaftsinternationale

Die Industrie-Gruppentagung Bergbau am 12. Oktober in Weiskirchen hat zu den Beschlüssen des 5. Weltkongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale und der Tagung der Amerikaner Internationalen Stellung genommen und beschließt:

Die Beschlüsse des 5. Weltkongresses der RGO. sind absolut richtig und richtunggebend für die deutsche Gewerkschaftsarbeit der nächsten Monate und Jahre. — Die Wirtschaftskrise verschärft sich, die Unternehmerrufen wird mit aller Brutalität mit Unterstützung des Staatsapparates und der verkommenen Gewerkschaftsbürokratie durchgeführt. Massenentlassungen finden statt, der Reallohn sinkt. — Es gibt nur einen Ausweg: Massenkampf als Gegenoffensive gegen das Unternehmertum, für wirtschaftliche Forderungen der Arbeiter, Steigerung der Wirtschaftskämpfe zu politischen Streiks, Sturz des kapitalistischen Systems. Bei Behauptung des kapitalistischen Systems wird es niemals gelingen, die Wirtschaftskrise zu beheben und den Arbeitern ein menschenwürdiges Dasein zu sichern. — Die Führerin der Massen im Kampfe um Brot und Arbeit ist die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, deren Einfluß von Tag zu Tag steigt, die aber noch nicht über eine feste Organisation verfügt. Da ohne feste Organisation kein erfolgreicher Kampf möglich ist, deshalb begrüßt die Industrie-Gruppentagung den Beschluß des 5. RGO.-Kongresses auf Schaffung einer starken Organisation der RGO. in Deutschland. — Die Industrie-Gruppentagung stellt fest, daß zur Führung erfolgreicher Kämpfe notwendig ist ein fester Kampfwillie und das Vorhandensein einer festen Organisation. Deshalb richtet die Industrie-Gruppentagung an alle Bergarbeiter den dringenden Appell: Trete als Mitglied der RGO. bei! Erkennt, daß es nur einen Ausweg gibt, und werden des unerbittlichen Massenkampfes für Arbeit, Brot und Sozialismus.

verbundes unternehmen nicht, um euer Dasein zu verbessern. Sie organisieren keine Gewerkschaftskämpfe mehr. Sie stellen sich schützend vor das Privatkapital. Sie haben nicht am 30. September den Lohn-tarif gekündigt. Sie sind der Auffassung, daß eure Hungerlöhne ausreichend und die Gewinne der Grubenbesitzer zu gering sind.

1. Angleichung der Neuroder Löhne an die Waldenburger!
2. Siebenstundentage unter und Achtstundentag über Tage!
3. Erhöhung der Schichtlöhne um eine Mark!
4. Abwehr jeder Verschlechterung der knappschaftlichen Versorgung, Erhöhung der Renten und des Krankengeldes.

Das sind die Hauptforderungen, für deren Verwirklichung die Weiskirchner Konferenz beschlossen hat, den Kampf zu organisieren. Gelft mit!

Wählt auf jeder Schachtanlage vorbereitende Kampfausschüsse! Besucht die Bergarbeiterversammlungen, in denen Bericht von der Weiskirchner Konferenz gegeben und weitere Kampfmaßnahmen beschlossen werden sollen.

## Erwerbslose, organisiert euch!

Ueber die Aufgaben, die die RGO. auf Grund der Beschlüsse des 5. RGO.-Kongresses unter den Erwerbslosen zu leisten hat, entnehmen wir der letzten Nummer des „Arbeitslosen“ folgenden Auszug.

Ueber drei Millionen Arbeitslose zählt die amtliche Statistik am 30. September in Deutschland. In der Arbeitslosenversicherung werden nur 1,5 Millionen und noch dazu unzureichend unterstützt. 450 000 erhalten die niedrige Prüfenunterstützung, etwa 500—550 000 sind auf die Bettelkassen der Wohlfahrtsämter angewiesen. Einige Hunderttausende bekommen überhaupt keine Unterstützung. Die nächsten Monate bringen für weitere Millionen Menschen Arbeitslosigkeit.

Schon jetzt herrschen Not und Elend in den Arbeiterquartieren Young-Deutschlands. Neben der Beitragserhöhung auf 6 1/2 Prozent, die am 6. Oktober in Kraft getreten ist, läßt die Bürgerblodregulierung neue Wbaumaßnahmen in der Erwerbslosenversicherung, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung an. Millionen Menschen sollen vor Hunger umkommen, damit das verrückte Ausschüttersystem bestehen bleibt, damit die Finanz- und Wirtschaftskrise überstanden und die Kosten des räuberischen Young-Planes aufgebracht werden.

In dieser Situation haben die Forderungen der Arbeitslosen auf Bereitstellung von Mitteln für Arbeitsbeschaffung durch Reich, Länder und Gemeinden, Einführung des Siebenstundentages in allen öffentlichen und privaten Betrieben bei vollem Lohnausgleich, die Befestigung der Notstands-, Pflicht- und Fürsorgearbeit und dafür Einstellung der

## An die Bergarbeiter des Neuroder Kohlenreviers

Kameraden! Wir, die Delegierten der Weiskirchner Bergarbeiter-Konferenz, unter denen sich auch Kameraden von der Benzelsgrube und dem Kurtschacht befinden, wenden uns an euch mit folgendem Appell:

Kämpft mit uns unter der Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition!

Jahrtausend, jahrein schuftet ihr in der Grube und erhaltet Hungerlöhne, die die niedrigsten in ganz Deutschland sind und weit unter den Waldenburger Löhnen liegen. Die Neuroder Bergarbeiterlöhne langen nicht einmal, um das nackte Leben der Bergarbeiterfamilien zu sichern. Dabei arbeiten gerade die Neuroder Bergleute unter ständiger Lebensgefahr. Noch sind die 151 Toten des Kurtschachtes in seltscher Erinnerung.

Wie lange noch wollt ihr dieses Hungerdasein dulden! Die Führer des christlichen und auch des „freien“ Bergarbeiter-

## Mitteilungen des RGO.-Bezirkskomitees

An alle! Das Bezirkskomitee Schlesien der RGO. bittet alle Ortskomitees, Betriebsgruppenleitungen, Erwerbslosenausschüsse und Gewerkschaftsfunktionäre, folgendes zur Kenntnis zu nehmen:

1. Es werden für den Bezirk Schlesien einheitliche (auch für die Erwerbslosen) Mitgliedskarten der RGO. herausgegeben. Sie sind bereits im Druck.
2. An alle werden Beitritts-erklärungen versandt. Diese sind ausgefüllt an Gustav Wiesner, Breslau, Freiheitsgasse 2, einzuschicken, worauf die Mitgliedskarte vom Bezirkskomitee ausgehändigt wird. Davor erhalten nur die Ortskomitees Waldenburg und Langenbielau die unangefüllten Karten. Diese müssen sie selbst ausfüllen.
3. Als Eintrittsgeld sind 10 Pfennig zu erheben. Diese werden in Waldenburg und Langenbielau an das Ortskomitee, in den anderen Orten an das Bezirkskomitee abgeführt.
4. Der monatliche Mindestbeitrag beträgt für Betriebsarbeiter 20 Pfennig und für Erwerbslose 10 Pfennig.
5. Material und Auskunft fordere man von dem Bezirkskomitee an. Adresse: Gustav Wiesner, Breslau, Freiheitsgasse 2.



# Rund um den Erdball

## Entsetzliches Verkehrsunglück in Frankreich

### Postomnibus vom Zuge zermalmt

Vier Passagiere getötet, zwölf zum Teil lebensgefährlich verletzt

Paris, 13. Oktober. Ein entsetzliches Unglück ereignete sich am Sonntag an einem Bahnübergang in der Nähe von Marostel bei Grenoble.

Ein Omnibus, der den Verkehr mit Grenoble versieht, wurde an dem ungesicherten Bahnübergang von einem herandrasenden Zuge erfasst, eine Strecke mitgeschleift und vollkommen zermalmt. Vier Personen wurden auf der Stelle getötet, zwölf zum Teil lebensgefährlich verletzt. Da infolge der orkanartigen Stürme die Telefonverbindungen mit Grenoble unterbrochen sind, fehlen bisher nähere Einzelheiten über diese gräßliche Katastrophe.

### Schiffszusammenstoß im Kanal

Fünf Seeleute ertrunken

Hamburg, 13. Oktober. Der Postdampfer „Bilrot“ wurde am Sonnabend gegen 8 Uhr vor dem Einfahrtstor Neue Schleuse des Kaiser-Wilhelm-Kanals von dem norwegischen Dampfer „Jesoe“ gerammt. Der Postdampfer sank sofort.

Mehrere Fahrzeuge begaben sich unverzüglich zur Unfallstelle, um die im Wasser schwimmende Besatzung des Postdampfers zu retten. Aufgegriffen wurde ein Brunsbüttelkooger

Lotse, ein Heizer und ein Deckmann, letzterer mit einer schweren Beinverletzung. Ertrunken sind 1 Schiffer, 2 Heizer, 1 Matrose und 1 Hamburger Lotse.

### Explosionskatastrophe bei einer Filmaufnahme

40 Personen verletzt

New York, 13. Oktober. In Flagstaff im amerikanischen Staate Arizona ereignete sich bei Aufnahmen für einen neuen Film in dem abgelegenen Dinosaur Canyon eine furchtbare Explosion. Durch eine fehlerhafte Berechnung kam eine Mischung von Schwärzpulver und Dynamit vorzeitig zur Entzündung. Dabei wurden 15 Personen schwer und 25 Leichter verletzt.

### Niesige Ueberschwemmungen in Lissabon

Infolge schwerer Gewitterregen wurden die Straßen Lissabons teilweise bis zu zwei Meter hoch überschwemmt. Unter dem Druck des Wassers plähten die Hauptwasserleitungen, wodurch das Straßenpflaster an vielen Stellen aufgerissen wurde. Da die Fluten auch vielfach in die Häuser der staatlichen Institutionen eindrangen, mußten sich die Beamten in die oberen Stockwerke zurückziehen.

## Eine seeleuchtige Familie



Der in Amerika lebende spanische Professor Blanco ist mit seiner Frau und seinem Töchterchen — unser Bild — in einem Segelboot in 59 Tagen von Amerika nach seiner Heimatstadt Barcelona geseilt. Die seeleuchtige Familie, die nur auf den Azoren und in Mellila in Marokko zur Ergänzung ihrer Lebensmittelvorräte Station gemacht hatte, wurde in Barcelona vor einer vieltausendköpfigen Menge festlich empfangen.

## Grubenunglück bei Königshütte

Zehn Kumpels verletzt

Kattowitz, 13. Oktober. Auf dem Krugschacht bei Königshütte ereignete sich am Sonntag ein folgenschweres Unglück.

Infolge Versagens der Steuerung stieß die Förderseile, auf der sich 10 Mann der Brandwache befanden, im Schacht auf Grund. Alle 10 Mann wurden verletzt. Die Ursache des Unglücks konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

## Goldtransporte mit Flugzeug

Neue Junkersmaschinen mit gesteigerter Tragfähigkeit

Deffau, 13. Oktober. Auf dem Flugplatz in Deffau hat das erste der drei für Neu-Guinea bestimmten dreimotorigen Junkers-G.31-Flugzeuge seine Uebernahmeflüge durchgeführt und dabei die garantierten Leistungen weit übertroffen.

Bei einem Klistgewicht von 4750 Kilo und einem Fluggewicht von 8500 Kilogramm, waren für Start und Landung kaum 200 Meter notwendig, womit der Beweis erbracht ist, daß dieses Flugzeug auch vollbelastet selbst in schwierigstem Gelände noch Start- und Landemöglichkeiten findet. Mit nur zwei Motoren war es möglich, trotz des hohen Fluggewichts, in ungefähr 1000 Meter Höhe nicht nur die Höhe zu halten, sondern sogar noch zu steigen. Die Serie G.31 ist für den Transport großer Maschinen für die Goldbergwerke im Hochland von Neu-Guinea und für den Rücktransport des Goldes zum Hafen Salamao bestimmt. Die ursprünglich zur Ermöglichung der Maschinen- und Goldtransporte vorgesehene Straße in diesem Hochlande hätte eine mehrjährige Bauzeit erfordert und ungefähr das Zehnfache des Anschaffungspreises der Flugzeuge gekostet.

## Das Hochwasser an der Mosel



Durch die anhaltenden Regengüsse der letzten Zeit ist neben anderen Flüssen auch die Mosel stark angeschwollen. In der Altstadt von Cochem stand das Wasser zeitweise meterhoch in den Straßen, so daß der Verkehr nur noch — wie unser Bild zeigt — durch Boote aufrechterhalten werden konnte.



## Generalstreik der Bergarbeiter in Frankreich

Am 7. und 8. Oktober streikten die französischen Grubenarbeiter für ihre Forderung auf bezahlten Urlaub. Demonstration der Streikenden in Südfrankreich.

## Neue Sensationen um Jack Diamond

### Spritschmugglerkrieg in Amerika

Gentlemanverbrecher Diamond im Hotel niedergeschossen — Chicagoer Bandenführer Al Capone sowie 30 weitere Spritschmuggler verhaftet

New York, 13. Oktober. Der berühmte amerikanische Spritschmuggler Jack Diamond, den die bürgerliche Sensationspresse den „König der amerikanischen Unterwelt“ getauft hat, der bekanntlich erst kürzlich aus Deutschland ausgewiesen worden war, fiel am Sonntag einem Revolveranschlag zum Opfer.

Er befand sich in einem Hotel, als plötzlich vier Schüsse auf ihn abgefeuert wurden. Der Täter ist unerkannt entkommen. Im Zusammenhang mit dem Mordanschlag wurde unmittelbar darauf in Chicago der berühmte Gentlemanverbrecher Al Capone

## Die A-J-Z heute neu

... mit 30 andern Schmugglern zusammen festgenommen. Man vermutet die Täter in den den Schmugglerbanden Jack Diamonds feindlichen gesunkenen Kreisen um Al Capone.

Während die gesamte New Yorker Polizei fieberhaft an der Aufklärung des Mordanschlages auf ihren Liebling Jack Diamond arbeitet, haben sich die Führer der Schmugglerbanden in ihre Schlafquartiere zurückgezogen. Am Krankenbett Diamonds bestanden sich ständig mehrere Geheimpolizisten, Pflegerinnen, sowie eine Stenotypistin, die alle Worte, die Diamond im Fieber spricht, aufschreiben soll. Obgleich die näheren Einzelheiten des Anschlages in vollkommenes Dunkel gehüllt sind, läßt sich doch bereits erkennen, daß es sich hier um einen Rachefeldzug der Spritschmugglerkonturrenz handelt. Wahrscheinlich bildete früher von Diamond direkt und indirekt begangene Raub den Grund.

Inzwischen hat sich der Zustand des angeschossenen Verbrechers etwas gebessert. Da man weitere Anschläge befürchtet, werden alle Besucher des Krankenhauses nach Waffen durchsucht. Bei keiner Vernehmung beantwortete Diamond alle Fragen mit einem Kopfschütteln oder der Bemerkung: daß er nicht die leiseste Ahnung habe.

Im Zusammenhang mit dem Mordanschlag ist eine Tänzerin der weltberühmten Ziegfeld-Girls, namens Marianna Roberts, verhaftet worden. Man glaubt, daß sie auf Veranlassung von anderen Schmugglern Diamond in eine Falle gelockt habe.

Der den ungeheuren Grad der Korruption der New Yorker Polizei kennt, den wird es nicht verwundern, daß die Meinung entstanden ist, Jack Diamond sei auf Veranlassung der New Yorker Polizei Opfer des Mordversuches geworden. Durch die stadtbekanntes Freundschaft mit New Yorker Richtern habe Diamond zuviel von den „Geschäftspraktiken“ dieser, der Arbeitererschaft gegenüber äußerst brutalen Ordnungsbehörden erfahren. Ihm sobald als möglich zu beseitigen, lag also ganz im Interesse des Ansehens der New Yorker Behörden.

Der Mordanschlag auf den berühmtesten Schmugglerführer Jack Diamond, den millionenschweren Kugelnieser des heuchlerischen Alkoholverbots, ist so recht eine Sensation für die Schmocks der bürgerlichen Welt, um die Millionenmassen der Hungernden und Darbenden von ihren Tagesnöten abzulenken. So ausfühlich und sentimental diese Presse den Mordanschlag auch ausbeutete, so sucht man doch vergeblich auch nur die leiseste Andeutung von der Korruption der amerikanischen Polizei infolge des heuchlerischen Prohibitionsgesetzes.

## Dampfer „Tigris“ überfällig

Die Leiche des Kapitäns an Land geschwemmt

Paris, 13. Oktober. In der Nähe von Dünkirchen wurde am Sonntag die Leiche des Kapitäns des Dampfers „Tigris“ angeschwemmt.

Die „Tigris“ war, wie wir bereits vor einigen Tagen meldeten, am 17. September mit 33 Mann Besatzung von Answerten nach Alexandrien ausgelaufen. Seitdem ist man ohne Nachricht von dem Schiff Man befürchtet, daß es während des schwarzen Sturmes am vorigen Sonntag untergegangen ist.



# Breslau

# Breslauer Proletariat auf dem Posten

## Überfüllte Massenversammlung im Schießwerder

## Das Wohlfahrtsamt fragt nicht danach

Mit welcher Rücksichtslosigkeit das Breslauer Wohlfahrtsamt die von ihm betreuten Menschen behandelt, geht aus nachfolgendem Schreiben hervor, welches unter dem 7. Oktober an die Strickerin G. M. in der Dreifindengasse gerichtet wurde.

„Auf Ihr unterm 23. August 1930 an uns gerichtetes Gesuch teilen wir mit, daß es auch jetzt noch nicht möglich ist, Ihnen Arbeit zu verschaffen, nachdem Sie erst im Verlaufe dieses Jahres von uns Arbeit erhalten haben.“

Im übrigen müssen wir Sie darauf aufmerksam machen, daß Sie sich nicht nur ausschließlich auf uns wegen Arbeit verlassen dürfen. Für die Zukunft müssen wir die weitere Fürsorge davon abhängig machen, daß Sie sich selbst eifrig um Arbeit bemühen. Es dürfte Ihnen als Gesunder Verstand einleuchten, daß in größeren Haushaltungen genügend Beschäftigung zu finden ist.

Für die Ihnen ausnahmsweise bewilligten Schutze können Sie in den nächsten Wertagen in der unterzeichneten Dienststelle die Anweisung in Empfang nehmen.“

Zum richtigen Verständnis der Sachlage sei bemerkt, daß die Strickerin bereits sehr lange Zeit arbeitslos ist, und auch seit ihrer letzten Rotstandsarbeit ist bereits ein ganzes Jahr vergangen. Sie lebt von den 25 Mark Unterstützung, die ihr vom Wohlfahrtsamt monatlich gegeben werden. Trotzdem ist das Wohlfahrtsamt der Auffassung, daß sie keinen Anspruch auf Schutze hätte, und teilt der Proletarierin gütlich mit, daß sie sich selbst Arbeit besorgen müsse.

## Viel Worte ohne Inhalt

Die „Volksmacht“ vom Sonnabend versucht noch einmal, den kommunistischen Antrag im Stadtparlament auf Erhöhung der Löhne für die städtischen Arbeiter um 10 Prozent als „Agitationsantrag“ hinzustellen. Diesmal ist es „lg“, d. h. Ludwig, der viele Worte niederzuschreibt, ohne sachlich etwas Stichtiliges sagen zu können. Wir wollen auf seine Polemik nicht eingehen, sondern nur noch einmal folgende Tatsachen aus dem Stadtparlament den Arbeitern in Erinnerung bringen:

1. Die Kommunisten beantragen 10 Prozentige Lohnerhöhung. Alle anderen Parteien, auch die SPD, stimmen dagegen.
  2. Die Kommunisten beantragen, daß die Klafengehälter abgebaut werden. Alle anderen Parteien, auch die SPD, stimmen dagegen.
  3. Die Kommunisten beantragen, daß die Gehälter bis zu 500 Mark monatlich nicht abgebaut werden sollen. Alle anderen Parteien, auch die SPD, stimmen dagegen.
  4. Die Kommunisten fragen an, was die Mietensetzungs-Deputation beschlossen hat, um noch einmal Gelegenheit zu haben, die Interessen der Neubaumieter zu verteidigen. Alle anderen Parteien, auch die SPD, unterstützen die Anfrage nicht, so daß sie nicht behandelt werden konnte.
- So geschehen unter der Führung der „linken“ SPDisten, zu denen sich auch Herr „lg“ rechnet. Nablasse Pfaffen — reaktionäre Laten, das ist die Haltung der „linken“ sozialdemokratischen Führer!

## An alle im Zentrum!

Schmiedet die Einheitsfront gegen den Faschismus. Kommt alle am Donnerstag, dem 16. Oktober, um 20 Uhr, in die öffentliche Versammlung im „Artikelsgarten“. Referent Genosse Müller, Thema: „Was ist zu tun gegen die immer frecher werdenden Faschisten?“

Wertkämpfe, erscheint zahlreich!

## An unsere Leser!

Morgen, 20 Uhr, im Zentralbauaal, öffentliche Versammlung aller Zeitungsleser und Sympathisierenden. Referent Genosse Gansdorf.

## Wieder ein tödlicher Verkehrsunfall

Gestern nachmittag, gegen 16,50 Uhr, ereignete sich auf der Hubenstraße ein schwerer Verkehrsunfall, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel. Der Kraftwagenführer R. aus der Lindenstraße kam mit seinem Schnellkraftwagen auf der Hubenstraße und fuhr in Richtung Strehlerstraße. In Höhe des Grundstückes Nr. 70 fuhr in gleicher Richtung der Radfahrer K. aus der Strehlerer Straße. Der Kraftwagen überholte den Radfahrer nach links, streifte ihn und schleuderte ihn vom Rade. Anstatt nun wieder sofort auf die rechte Fahrbahnseite hinüberzulenken, bewerte der Fahrer seinen Wagen weiter nach links, erfasste dort den 60jährigen Arbeiter Hermann Binias aus der Hubenstraße 23, der mit seinem Handwagen aus seinem Schrebergarten kam, schleuderte ihn bis auf die Mitte der Fahrbahn, woselbst der alte Mann mit schwerem Schädelbruch, Genick- und Rippenbrüchen liegen blieb. Der Schwerverletzte verstarb auf der Stelle. Der Fahrer hatte seinen Wagen immer noch nicht zum Halten gebracht und fuhr weiter bis auf den rechten Bürgersteig und rief dort einen Gastambelaber um. Der Radfahrer, den er zuerst anfuhr, erlitt erhebliche Beinverletzungen. Auch sein Fahrrad wurde vollständig demoliert. — Auf der Straße von Mariahöfen nach Neukirch fuhr der Radfahrer Walter Schütz aus Neukirch auf dem Sommerwege, als ihm aus der entgegengesetzten Richtung der Motorradfahrer Liebetanz aus der Leuthenstraße mit dem Sozialfahrer Schula vom Ohlauer Stadtgraben entgegengefahren kam. Als der Motorradfahrer bereits bis an den Radfahrer herangekommen war, wollte dieser von dem Bankett auf der linken Seite nach der rechten Seite hinüberfahren. Hierbei stieß er mit dem Motorradfahrer zusammen, wurde auf die Straße geschleudert und erlitt dabei eine starke Kopfverletzung, Gehirnerschütterung und Armbruch. Durch das scharfe Bremsen des Motorradfahrers flog der Sozialfahrer Schula in hohem Bogen über den Motorradfahrer auf die Straße und erlitt ebenfalls schwere Verletzungen.

## Voranzeige

Der Arbeiter-Musikverein Breslau-Süd veranstaltet Sonnabend, den 18. Oktober, im Gesellschaftshaus Größchen, Hopf und Goerde, ein großes Herbstvergügen, verbunden mit Konzert, Theater, Vorstellung, Tanz. Eintritt 60 Pfennig. Einlaß 19 Uhr.

Er will keine „Arbeiter-Zeitung“, nämlich der Inhaber des Lebensmittelgeschäftes auf der Hubenstraße 14. Als unser Verkäufer dort die Zeitung anbot, wurde ihm erklärt, daß — sie „für ihn nicht in Frage komme“. Die Arbeiter werden nun wissen, wo sie ihre Lebensmittel kaufen sollen.

Berichtigung. In dem gestern veröffentlichten Aufsatz über den Gehalt der städtischen Arbeiter war ein Druckfehler enthalten. In der Mittwoch-Versammlung hat nicht Blum, sondern Senf gesprochen.

Die gestern von der Partei veranstaltete Kundgebung im Schießwerder war derart überfüllt, daß die Benutzung der Galerie gestattet werden mußte. Dieser starke Besuch, es waren weit über 2500 Menschen anwesend, war deshalb so bemerkenswert, weil den Arbeitern die Vorgänge in Berlin noch nicht bekannt waren. Lange vor Eröffnung waren alle Plätze besetzt. Hunderte mußten stehen, weil kein Sitzplatz mehr zu haben war. Auch die Bühne war besetzt.

Genosse Ulrich gab bei Eröffnung der Versammlung zunächst einen kurzen Bericht über die Reichstagsitzung, der mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde. Dann hielt Genosse Müller das Referat. Er gab einleitend das Extra-Telegramm des verlappten Magisches „Schleifische Zeitung“ über die Zuberprogramme bekannt und prangerte dabei dieses Regime in entsprechender Weise an. Dann besprach Genosse Müller, oft von stürmischem Beifall unterbrochen, die politische Lage und beantwortete in fast zweistündiger Rede die

Frage: „Wohin treibt Deutschland?“ Scharf und eindringlich beleuchtete er die Situation und ließ in lebendiger Weise die große Gefahr des heraufziehenden Faschismus vor der Versammlung erschellen, und zeigte als einzigen Weg, den Faschismus zu bezwingen, den unerbittlichen Massenkampf unter Führung der Kommunisten an, die durch Schaffung des Kampfbundes gegen den Faschismus der Arbeiterklasse das Mittel in die Hand gegeben haben, durch Vernichtung der faschistischen Kampfbünde sich die Bahn freizumachen, um sich die Freiheit zu erkämpfen. Dabei zeigte er selbstverständlich auch die verwerfliche Rolle der SPD. auf. Unter stürmischem Beifall schloß Genosse Müller sein Referat. Gegner wußten sich nicht, und so schloß Genosse Ulrich nach einem kurzen Appell die Versammlung mit einem von der Versammlung begeistert angenommenen „Rot Front“. Die Versammlung war ein großer Erfolg und zeigt, daß die Breslauer Arbeiterklasse auf dem Posten ist.

# Sabotage des Mieterkampfes?

Wir stellen folgende Tatsachen fest: Mitte September hat sich der Vorstand des Mietervereins Zimpel mit der Lage beschäftigt und ist einmütig zu der Auffassung gekommen, daß eine Verschärfung des Kampfes notwendig ist. Auf Antrag von Zimpel fand eine vom Neumieterschuhverband einberufene kombinierte Vorstandssitzung statt, wo, wiederum auf Antrag von Zimpel, u. a. die Herausgabe eines Flugblattes mit der Ankündigung des absoluten Mieterstreiks beschlossen wurde. Am 8. Oktober fand in Zimpel eine Mieterversammlung statt, die einstimmig beschloß, den absoluten Mieterstreik zum 1. November vorzubereiten. Der anwesende Vorstandsvorsitzende Herr Steffen gab die Erklärung ab, daß der Vorstand des Neumieterschuhverbandes sich die Beschlüsse von Zimpel zu eigen machen werde. Am 8. Oktober fand in Zimpel eine Vertreterversammlung statt, die durch einen einstimmig angenommenen Beschluß den Vorstand des Neumieterschuhverbandes aufforderte, spätestens Anfang der Woche vom 12. bis 19. Oktober die Vertreterversammlung des Gesamtverbandes zu machen, um ein einheitliches Vorgehen in allen Siedlungen mit dem Ziel: absoluter Mieterstreik ab 1. November, zu ermöglichen. Der amtierende Vorstandsvorsitzende des Neumieterschuhverbandes, Herr Kallin, gab eine zustimmende Erklärung ab. Am 10. Oktober fand in Pöpelwitz eine Vertreterversammlung statt. Obwohl ein Vertreter den Antrag stellte, dem Beispiel von Zimpel zu folgen und sofort mit der Mobilisierung zum absoluten Mieterstreik zu beginnen, erklärte

der Vorsitzende, Herr Kallin, man solle die Anweisungen vom Vorstand des Neumieterschuhverbandes abwarten, und sich über den Antrag nicht abstimmen. Am 13. Oktober, d. h. gestern, erfuhren wir, daß die Vertreterversammlung noch nicht festgelegt und frühestens am 20. Oktober stattfinden wird.

Man beachte: Von Mitte September bis Ende Oktober braucht der Vorstand des Neumieterschuhverbandes Zeit, um eine einfache Sitzung festzulegen. Da die Herren Steffen, Kallin und Kallin Sozialdemokraten sind, ist anzunehmen, daß die Sitzung nur deshalb so spät einberufen wird, weil die Sozialdemokratie etwas vorhat, was sich mit den Interessen und Ansichten der kämpfenden Mieter nicht deckt.

Wir fordern der sozialdemokratischen Mieter auf, die Tätigkeit ihrer führenden Genossen ganz besonders zu kontrollieren und den Mieterinteressen zuwiderlaufende Maßnahmen zu verhindern. Bisher wurde der Mieterkampf in breiter Einheitsfront geführt. Sozialdemokratische, kommunistische, parteilose, bürgerliche Mieter standen Schulter an Schulter im Kampf. So muß es auch weiterhin bleiben, weil die kämpfende Einheitsfront die wichtigste Voraussetzung des Erfolges ist. Es geht nicht an, daß man die Interessen der arbeitsergeblichen sozialdemokratischen Partei über die Interessen der kämpfenden Mieter stellt.

# Ein Breslauer schreibt aus Rußland

## Ein Brief aus dem aufstrebenden Staat der proletarischen Diktatur

Nachstehender Brief ist von einem Breslauer Metallarbeiter geschrieben, der vor kurzer Zeit dort — in Rybinsk — Arbeit angenommen hat und in dem Brief seine ersten Eindrücke schildert. Die Redaktion.

Rybinsk, den 2. Oktober 1930.

Nun komme ich endlich dazu, Dir einige Zeilen zu schreiben. Ich beginne mit der Fahrt nach der Sowjetunion... In Polen steigen auch einige polnische Soldaten in unser Abteil. Nach längerer Zeit kommt auch eine Unterhaltung über Lebensmittel und Kleidung in Gang. Es ist da alles furchtbar teuer. Ein Paar Stiefel 70 Rubel. Das ist ungefähr nach deutschem Gelde 35 Mark. Nachmittags erreichen wir die ehemalige Front Dialektol... Polen hat seine Herbstmanöver beendet. Schlechtgekleidete Soldaten. Und Militär über Militär... 17,30 Uhr letzte Station in Polen. Im Nachbarabteil rollen die Genossen eine rote Fahne auf. Im nächsten Augenblick ist sie auch schon beschlagnahmt. Wir erleben Protest, aber es nützt nichts... Begleitet von polnischen Soldaten mit Karabinern werden wir an die Grenze gebracht... Wir sehen die ersten Rotarmisten. Wir werden erwartet. In einem schönen Raum steht bereits ein Abendrot für uns reserviert. Bier, Brot, Schnitzel, Kartoffeln... Wir besteigen die russische Bahn... Alles in tadellos reinlichem Zustande... Um 22,30 Uhr sind wir in Moskau, im Speisehaus. Es ist alles tadellos eingerichtet... Von der in Deutschland verbleibenden Sage vom Kirchenabzug keine Spur. Abends besteigen wir wieder die Bahn und fahren unserem Bestimmungsort Rybinsk, das 350 Kilometer hinter Moskau liegt, im Schlafwagen entgegen... Nach Erledigung aller Formalitäten beziehen wir ein tadellos neues Haus. Drei Mann ein Zimmer, Bett, Schrank, Tisch, Stühle, Zentralheizung, Bad, alles vorhanden. Nach einem Ruhetag nehmen wir die Arbeit auf. Wir sind zum

größten Teil Dreher, Werkzeugmacher, Schleifer. Maschinen sind vorhanden, da muß sich manche Bude in Deutschland verstecken. Alles modern eingerichtet. Vier Tage wird gearbeitet, der fünfte ist immer frei. Die Verpflegung ist gut. Wir bekommen alles... Haben eine deutsche Köchin und alle Tage Gebratenes... Verdienst ist 250-300 Rubel monatlich. Davon bekommt 110 Mark meine Frau in deutschem Gelde in Berlin ausgezahlt, also für sie ist auch gelohnt. Freilich hat der Ruß schwer zu kämpfen, aber um so süßer ist der Sieg. Und es wird ihm gelingen!  
(Schluß des redaktionellen Teils.)

Viehhändler. Heute Dienstag ist der vorletzte Tag des mit größtem Beifall aufgenommenen Eröffnungsprogramms der Direktion Saggasser. Die täglichen Nachmittagsvorstellungen bringen das ungelürzte Programm.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Scheller, Berlin; für den Proletariat (außer Oberleitern): Ernst Scheller, Breslau; für Oberleitern: Fritz Jendrowski, Lindenburg. — Für Inserate: Carl Gansdorf, Breslau.

**LIEBIG**

Theater  
Ruf Nr. 346 45  
Heute Dienstag  
vorletzter Tag!  
**Matray-Ballet**  
und das große  
Eröffnungs-  
! Täglich!  
Nachmittags 4 Uhr  
und abends 8 Uhr

**WAPPENHOR**

Heute Dienstag, sowie Samstag  
ab 4 Uhr (außer Sonnabend ab 8 Uhr)  
**Große Familien-**  
**Nachmittags-Vorstellung**  
mit dem ungekürzten Spezialitäten-Programm  
Eintritt: Einheitspreis 30 Pfg.  
Ab 8 Uhr:  
**Große Abendvorstellung**  
**KNUT BALL**  
2 Kapellen  
Eintritt einschließlich Ball 80 Pfg.

Wir liefern  
Plakate  
Briefbogen  
Rechnungen  
Programme  
Einlaßkarten  
Flugblätter  
Werke  
Zeitschriften  
Rotationsdruck  
Massenanzeigen  
prompt und  
preiswert

**PEUVAG**

Paßberg-Druckerei  
und Verlags-  
Anstalt  
Breslau  
Friedrich-  
Str. 33

**Apollo** Lichtspiele  
Adalbertstr. 8  
Nur bis Donnerstag!  
Für jeden denkenden Menschen  
Das größte Ereignis seit Bestehen  
der Kinematographie  
**Frauennot**  
**Frauenglück**  
(Mit fachmännischem Vortrag)  
Ein Film vom Werden des Menschen  
von den Freuden und Leiden der  
Mutterschaft. Keine Trickzeichnung.  
— sondern Original-Aufnahmen aus  
der Züricher Frauenklinik  
Die Presse schreibt:  
Frauen, gehet hin, sehet und lernet  
und nehmt eure Männer mit!  
Dazu die ergreifende Tragödie  
**Der Staatsanwalt klagt an!**  
Ein sensationeller Mordprozess  
Ab Freitag:  
Tonfilm „Friedrich“  
und „Räuber der Dürrenschütz“

Für 2400 Mark Wertgegenstände gestohlen. Festgenommen wurde der 32jährige wohnungslose Sattler Hermann Sch., weil er in der Nacht vom 10. zum 11. Oktober in Bries bei einem Goldschmiedemeister Wertgegenstände in Höhe von 2400 Mark gestohlen hatte. In seinem Besitz befanden sich noch neun Ringe.

Den Viehhändler mit Spiritus begossen und angezündet. Am Sonnabend wurde eine Frau R. von der Viehhändlergasse wegen gefährlicher Körperverletzung festgenommen. Sie hat angeblich ihren Viehhändler, einen 60jährigen Mann, mit dem sie zusammen wohnt, in der Nacht gelegentlich eines Streites in angetrunkenem Zustande mit Brennspritus begossen und angezündet. Sie bestreitet dies jedoch und behauptet, daß der Verletzte verunglückt wäre. Er hätte Brennspritus getrunken und sei dem brennenden Spiritusföcher zu nahe gekommen. Der Verletzte hat Verbrennungen 2. Grades am Kopfe und Oberkörper davongetragen und befindet sich im Allerheiligen-Hospital.

## Streikler Rote Einheitsfront gegen Faschismus

Arbeiter, der Kampf gegen den Faschismus ist eine dringende politische Notwendigkeit. Erscheint alle am Mittwoch, dem 15. Oktober, um 19,30 Uhr, im Lokal „Zur Stadt Breslau“, zur Gründungsversammlung des „Kampfbundes gegen den Faschismus“.

## Acht neue Abonnenten!

Brieg. Der gestrige Anfang der Werbekampagne für JAG sowie Presse ergab folgendes Resultat: Es wurden geworben für die Presse acht Abonnenten. Für die JAG wurden zwölf Renaufnahmen gemacht. Genosseninnen u. Genossen, der Anfang hat bewiesen, daß unsere Arbeit nicht erg. los gewesen ist. Nicht nachlassen, sondern mit mehr Feuer an die Arbeit!



# Waldenburger Bergland

## Mörderhöhlen als Wohnung für Obdachlose

Schon in verschiedenen Artikeln haben wir auf die Zustände in den Obdachlosenunterkünften, die alles andere als menschliche Wohnstätten sind, hingewiesen. Ein solcher Seuchenherd sind auch die Obdachlosenbaracken der Stadt Waldenburg am Vorwerk S. b. u. s. In einer Baracke sind 30 Wohnräume von 18 bis 20 Quadratmeter Größe, in denen zum größten Teil acht bis zehn Personen hausen müssen. Ein Raum befindet sich an dem anderen, in der Mitte nur durch einen schmalen Gang getrennt, wo eine Tür an der anderen mündet, so daß eine frische Luftzufuhr überhaupt nicht möglich ist, sondern der Durchzug erst durch eine Stürbe geschehen muß. In den letzten Jahren sind in diesen Elendsquartieren bereits acht Kinder gestorben, mehrere Kinder waren und sind auch jetzt noch an schwerer

Diphtherie erkrankt. In den Stadtverordnetenversammlungen wurde von unseren Vertretern des öfteren auf diese Mängel hingewiesen, auf die schweren Folgen aufmerksam gemacht, und der Bau von Mehrzimmernwohnungen erzwungen. Unser Genosse Franz wurde als Stadtverordneter bei dem Staatskommissar, S. P. D. Mann Schuber, diesbezüglich vorstellig. Bis heute ist jedoch keinerlei Abhilfe in irgendeiner Form geschaffen worden. Von seiten der Stadt und der Gesundheitsbehörden ist dieser Seuchenherd noch nicht beseitigt worden. Wir werden jedoch noch die zuständigen Instanzen zwingen, hier einzugreifen und dem Verlangen der sich in der denkbar größten Aufregung befindlichen Paradenbewohner stattzugeben.

## Schamlose Helden des Dritten Reiches

Obst es da in Leutmannsdorf, Kreis Schweidnitz, einen „edlen“ Vorkämpfer des „Dritten Reiches“, den Wirtschaftsinспектор S. u. l. g. vom Riebershof. Der Leutmannsdorfer Arbeiterchaft schon lange als einer der besten Antreiber bekannt, erlaubt er sich aber jetzt nach den Zahlen Dinge, welche wohl nicht überall anzutreffen sind. Sein struppeliger Charakter spielt mit den Hoffnungen auf, als wären sie seine Leibeigenen. Eine Arbeiterin des Dominiums mußte in notwendiger Wohnungssache zur Stadt. In ihrer Abwesenheit stürzt S. in die Arbeiterwohnung hinein, versucht mit brutalen Worten die Älteren Kinder der Arbeiterin zur Arbeit zu zwingen. Auf deren entsetzten Protest treibt S. mit Gewalt sämtliche Kinder aus der Wohnung heraus; darunter auch die Kinder der ältesten Tochter im Alter von zehn Wochen und einjährig. S. schlug persönlich brachte den Kinderwagen mit dem zehn Wochen alten Kinde aus der Wohnung und nannte die sich verzweifelt wehrende Mutter „schwarze Berge, Sau“. Vor die Stubentür wurde ein großes Vorhängegeschloß angebracht, und sämtliche Kinder mußten den ganzen Tag im kalten, zugigen Hausflur zubringen. Mitleidige Arbeiterinnen gaben ihnen Nahrung und wurden dafür von dieser Kreatur von Nazi-Inspektor noch verhöhnt.

Erst durch Eingreifen kommunistischer Gemeindevertreter mußte S. durch den Amtsvorsteher gezwungen werden, die Wohnung am 20.30 Uhr wieder freizugeben. Aus Wut darüber entfernte er die elektrischen Lichtbirnen und verließ die Kermisten mit Bedrohungen und unter Androhen von Schlägen.

So sieht eine wirkliche Kreatur des „Dritten Reiches“ aus. Wehe der Arbeiterchaft von Leutmannsdorf, wenn diese Nazihelden ans Ruder kämen.

Wie wir erfahren, hat der Vormund der Kinder gegen den tollgewordenen Inspektor Strafantrag wegen Auspeinigung und Mißhandlung Kinderjähriger gestellt. Auf den Ausgang dieses Prozesses sind wir wirklich gespannt. Aber den Leutmannsdorfer Arbeitern raten wir: Schafft so schnell wie möglich den Kampfbund gegen den Faschismus, um solchen Durschen das Handwerk legen zu können.

## „Christliche Nächstenliebe“ eines Waldenburger Arztes

„Ganzweit“ sich die christliche Nächstenliebe der Zentrumspostel auswirkt, das hat ja bereits der Zentrumslangler Bräuning sehr deutlich bewiesen. Und wenn das dieser Mann kann, warum sollen nicht auch seine Anhänger dem Beispiel folgen? Gibt es da in Waldenburg einen frommen katholischen Arzt Dr. Konigler. Dieser brachte es fertig, seine Nächstenliebe dadurch zu beweisen, daß er einer Arbeiterfrau, die um einen Krankenbesuch zu ihrem unter Diphtherie-erkrankten stehenden Kinde bat, erklärte: „Wenn Sie keinen Krankenbesuch haben, kann ich nicht behandeln!“ Es ist doch festgestellt, daß andere Ärzte in bringenden Fällen einweilen auch ohne Rücksicht die Behandlung aufzunehmen. Aber was macht sich so ein Patentchrift daraus, der nur für seine Kirche lebt. Zwar pflegt die Kirche die Nächstenliebe gerade den Kindern gegenüber besonders laut zu betonen, aber es bleibt eben beim Predigen; in der Praxis steht es in der Regel ganz anders aus, wie dies ja auch Dr. Konigler beweist. Das hindert diese Leute aber nicht, trotzdem Nächstenliebe zu heucheln.

Arbeiter, für euch heißt es erkennen, daß im kapitalistischen System alles gegen euch eingestellt ist, und daß auch auf sozialem Gebiet, insbesondere im Krankenversicherungsweesen, sich die Auswirkungen der sozialen Reaktion sehr deutlich bemerkbar machen. Nur ein Sowjetdeutschland wird diese Zustände ändern.

## Weißstein

### Traurige Folgen des Alkohols

Wie leicht ein Mensch zum Mörder werden kann, beweist ein trauriger Fall, der sich am Freitag, um 23.30 Uhr, im Gasthaus „Zum heutigen Haus“ abspielte. Zwei Arbeitskollegen tranken ein paar Schoppen Bier. Mit der zunehmenden Biermenge löste sich auch die gereizte Stimmung aus, und aus den Freunden wurden erbitterte Feinde. Ein Wort gab das andere, und das Ende? — Durch diese kurz geschickte, sich täglich leider wiederholende Taffache wurden die Bergarbeiter Alfred Reinisch, Weißstein, Friedhofsriedlung 34, und der Bergarbeiter Martin Reimann, Weißstein, Hauptstraße Nr. 158, zwei erbitterte Gegner, was zur Folge hatte, daß der Bergarbeiter Reimann seinen Kumpel Reinisch mit einem Bierglas so heftig an den Kopf stieß, daß das Glas in Scherben ging und Reinisch blutüberströmt zusammenbrach. Trotzdem sofort nach dem Arzt und dem Sanitätsbüro gerufen wurde, dauerte es unverantwortlich lange, ehe sich Arzt und Auto sehen ließen. Sollte das Krankenauto in Weißstein nur für Neigungen da sein? An dem Ankommen des Reinisch wird gearbeitet.

## Sellendorf

### Wo wirklich gesparrt werden kann

Nachdem sich auch hierorts in letzter Zeit ein genaues klägliches Gemauer erhebt, sobald ein unglückliches Opfer der kapitalistischen „Ordnung“ sich gegen Verhungern dadurch zu wehren sucht, daß es sich hilfebringend an die Wohlfahrtspflege wendet, sei im Nachstehenden einmal der Besprechung „es hat keine Selb“ durch einen Sparvorschlages entgegengetreten. Die allgemeine Verwaltung erfordert bei uns zu hohe Ausgaben. Dabei ist es ein offenes Geheimnis, daß im Gemeindefürsorge eine Kraft erübrigt werden kann. Sehen wir den Fall, daß sich die Gemeinde endlich entschließt, den über 68 Jahre alten Obersekretär Hiescher abzubauen, so würde eine Ersparnis von etwa 6500 Mark eintreten. Durch diese Maßnahme könnten — um ein Beispiel anzuführen — die Mieten, die als die höchsten im Kreise Waldenburg zu bezeichnen sind, um 8 Prozent ermäßigt werden. Wenn in Betracht gezogen wird, daß sich die 140 Prozent Miete zum größten Teil aus den hohen Bezugslohnsteuern erklären, so ist der

schnellste Abbau genannter Person eine unbedingte Notwendigkeit. Wir werden in nächster Zeit mit anderen Beispielen, wo man sparen kann, ohne darunter die Kermisten leiden zu lassen, aufwarten.

## Gottesberg

### Der Internationale Bund an der Arbeit

Donnerstag, den 9. Oktober, fand im Schützenhaus die ständige Mitgliederversammlung des Internationalen Bundes statt. Das Protokoll der letzten Versammlung wurde nicht beanstandet. Es folgte dann ein Referat über die Gewährung von Freilohe für die Invaliden, die beantragt werden soll. Gegenüber früher wurden die Bestimmungen für die Gewährung von Freilohe wesentlich verschlechtert. Schuld daran tragen die Larise abschließenden Organisationen, wie Bergarbeiterverband, christlicher Verband sowie die Christ-Dunder. Das Verhalten des ehemaligen sozialdemokratischen Stadtrats Runge als Sachverständiger vor Gericht in einer Klagefah wegen Kohle wurde scharf kritisiert, da selbiger angab, ein Invalide mit drei Kindern müsse mit einem Verdienst von 120 bis 130 Mark auskommen. Unter „Verschiedenes“ machte Genosse Kirchner längere Ausführungen über die neuen Richtsätze für Klein- und Sozialrentner sowie Hilfsbedürftige. Dieselben haben sich wesentlich verschlechtert. Mit einem Appell, alles zu tun, die Organisation weiter zu stärken, wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

## Freiburg

### Hüter der Ordnung

Seit dem 18. August d. J., wo Waldenburger Schupo nach faschistischer Art auf Arbeiter lospragelte, geht die Freiburger Polizei wie besessen gegen kommunistischgesinnte Arbeiter vor. Dies beweisen die Anzeigen und Strafmandate, welche seit einiger Zeit an revolutionäre Arbeiter geschickt werden. Soll dadurch das Anwachsen der kommunistischen Bewegung gehemmt werden? Wir sagen dieser

## Niederschlesien

## Görlitz

### Winzels Diebstahl bestätigt!

Unseren Lesern wird noch erinnernlich sein, wo wir berichteten, daß der abgerufene Polizeipräsident Winzel bei unserem Genossen Postnach in seiner Anwesenheit eine Wäsche aus der Wohnung nahm, was wir als Diebstahl bezeichneten. Wir brachten auch zum Ausdruck, daß der nach Vorbeeren lezende Kripomann wahrscheinlich seine Beschlüsse überschritten habe, um doch noch die Prämie für den taufendsten Reinsfall zu erhalten. Herr Winzel, diese Reinsfallsprämie ist Ihnen sicher, auch kann Ihnen keiner von Ihren Kollegen mehr den Rang ablaufen!

Unser Genosse P. erhob gegen diese widerrechtliche Wegnahme von Kleidungsstücken bei der Oberstaatsanwaltschaft in Görlitz Beschwerde, in der Annahme, daß dieselbe von der Oberstaatsanwaltschaft aus angeordnet worden sei. Die Oberstaatsanwaltschaft Görlitz teilte unter dem 6. Oktober unserem Genossen unter anderem mit, daß von ihr aus keine Anordnung hierzu gegeben worden sei. Es heißt in diesem Schreiben wörtlich:

„Auf Ihre Eingabe vom 21. September 1930 betreffend Wegnahme von Kleidungsstücken durch Polizeibeamte teile ich Ihnen mit, daß die Wegnahme der Kleidungsstücke weder auf mein Ersuchen noch von der Polizei in Ihrer Eigenschaft als gerichtliche Polizei erfolgt ist!“

Mit diesem Schreiben wird unsere Behauptung voll und ganz von Gericht bestätigt. Wer aber glaubt, daß die Oberstaatsanwaltschaft gegen Winzel und Konsorten ein Verfahren wegen Eigentumsvergehens einleiten wird, der hat sich schwer getäuscht; denn auch hier gilt der Grundsatz, auf dem die „Demokratische Republik“ und ihre Institutionen aufgebaut sind:

„Wenn zwei dasfelbe tun, ist es doch nicht dasfelbe, es kommt darauf an, wer es tut!“

Herr Winzel, Sie werden also von ihrer vorgelegten Behörde als Dieb gekennzeichnet. Wenn Sie Charakter besäßen, würden Sie von der Bildfläche verschwinden und sich um eine Polizeipräsidentenstelle bei den P. . . . bewerben, welche Sie aber zur Verleumdung eines Amtes auch nicht gebrauchen könnten, weil Sie — — — sind. Ihr „Ansehen“ steigt von Tag zu Tag infolge Ihrer Reinsfälle, die Sie in der Ausübung Ihres „Berufs“ und in der dienstfertigen Uebertretung Ihrer amtlichen Befugnisse in Kauf nehmen müssen, mehr und mehr. Sie gereichen der Stadt Görlitz wahrlich zum Ruhme, und der Magistrat und die Stadtväter werden sich bestimmt dazu bewegen lassen, für Sie einen recht auffälligen Platz in der Rathaushalle bereitzustellen, mit der Aufschrift:

„Der geniale Schützer der Stadt Görlitz vor dem Kommunismus.“

Ziel jedesmal mit seiner Knupp in den Dreck!“

Wir verlangen, daß Winzel das Diebesgut wieder beschlagnahmt, wo er es genommen hat.

## Die Wahlklacht in Halbau geschlagen

Ergebnis der Kommunalwahl vom 12. Oktober:  
Bürgerblock 909 Stimmen, 8 Sitze  
SPD. 131 Stimmen, 1 Sitz  
GSD 5 Stimmen, 2 Sitze

Wolget und Klassenfaß, daß unter all den Angeklagten Hunderte Arbeiter stehen, welche ihre Genossen nicht im Stich lassen werden. In jede Stelle eines Eingekerkerten werden zehn andere rücken.

Am tollsten treibt es wohl der Polizeibeamte Müller, welcher bei der Freiburger Arbeiterchaft bekannt ist durch sein provokatorisches Auftreten, ganz nach dem Muster seiner Obergelassen Severing u. s. w., denn Müller selbst ist Mitglied der SPD, die auf ihn stolz sein kann. Wo man hinsieht, steht Müller mit dem Gummiknüppel in der Hand, aber, wie es schon vorgetrieben ist, greift er zum Schießsel. Bei der geringsten Sache erstattet er Anzeige. Erst vor einiger Zeit erlaubte sich dieser Ordnungshüter einige Arbeiter vom Bürgersteig zu jagen, angeblich wegen Verkehrshinderung. Wenn aber Stahlhelmer oder sonst jemand von diesem Gestindel die Bürgersteige einnehmen, so steht man die famose „republikanische“ Polizei nicht. Dieser Provokateur erstattet sofort Anzeige gegen diese Arbeiter, und schon erhalten sie eine Strafe von 9 bzw. 11,50 Mark. Ein anderer Fall: Ein Stahlhelmer bietet einem Arbeiter eine Ohrfeige an. Da kommt der Beamte Müller, nimmt das Notizbuch heraus, und schon ist eine Anzeige gegen den Arbeiter fertig, bei der natürlich der Stahlhelmer als Zeuge fungieren wird. Hier zeigt sich die Einheitsfront von SPD-Polizeibeamten und diesem faschistischen Gestindel, die Polizei ist nur dressiert auf revolutionäre Arbeiter.

Dem Polizeigewaltigen von Freiburg aber sagen wir, daß es höchste Zeit ist, daß er sich einmal ein wenig mehr um das Treiben seiner Beamten, insbesondere um Müller, kümmert. Unser Stadtoberrhaupt soll ja der SPD nahestehen, und wir fragen daher auch die SPD-Arbeiter, wie lange sie noch einer Partei angehören wollen die solche Leute wie den Müller in ihren Reihen dulden.

## Mobilmachung für den Klassenkampf im N. S. Schweidnitz

Zur Reichstagsöffnung finden folgende öffentliche Versammlungen statt:

- Mittwoch, den 15. Oktober:  
Laan: Referent Genosse Hennig.  
Groß-Werzdorf: Referent Genosse Preiß.  
Floriansdorf: Referent Genosse Kaufmann.  
Leutmannsdorf: Referent Genosse Müller.
- Donnerstag, den 16. Oktober:  
Rapsdorf: Referent Genosse Hennig.  
Rgl.-Gräblich: Referent Genosse Müller.
- Freitag, den 17. Oktober:  
Kunzendorf: Referent Genosse Goiz.  
Dreienhain: Referent Genosse Müller.
- Sonntag, den 18. Oktober:  
Jobten: Referent Genosse Kaufmann.  
Birlan: Referent Genosse Hennig.
- Sonntag, den 19. Oktober:  
Sachwitz: Referent Genosse Kaufmann.  
Kaltenbrunn: Referent Genosse Posenst.

Tagesordnung in allen Versammlungen: „Der neue Reichstag. Der Hungervinter. Wo ist Rettung?“ Alle Versammlungen beginnen 19.30 Uhr außer Sonntags. Siehe Plakat! Genossen! Alarm! Mobilisiert die Werktätigen zu den kommunistischen Versammlungen!

Das alte Verhältnis ist im Gemeindepalament geblieben. Die Wahlbeteiligung war sehr stark, und 90 Prozent aller Wahlberechtigten haben ihr Wahlrecht ausgeübt. Gegenüber der Kommunalwahl vom 17. November 1929 haben die Kommunisten 60 Prozent an Stimmen gewonnen, im Vergleich zur letzten Reichstagswahl (14. Sept. 1930) 25 Stimmen verloren. Die SPD. verlor 41 Stimmen, während der Bürgerblock 140 Stimmen gewann. Unser Verlust wird erklärt, wenn man die ungeheure Heze unserer Gegner in Betracht zieht. Während die SPD. gegenüber dem Bürgerblock nicht ein einziges Wort verlor, gab sie gegen die SPD. ein Extraflugblatt heraus. Noch zwei Tage vor der Wahl erschien in der „Ostlicher Volkszeitung“ ein derartig schamloser und verlogener Artikel aus der Feder von Balch und Pfenig, daß wohl mancher Arbeiter sich voller Elend abwandte von einer derartigen „Arbeiter“partei, und ins Lager des Bürgerblocks überging. Somit hat sich die SPD. ihr Unab gelockert, und der Ausgang der Wahl hat aufs neue unsere Behauptung bestätigt: Die SPD. ist und bleibt der getreue Steigbügelhalter der Reaktion und des Faschismus!

Für uns Kommunisten ergibt sich hieraus die Lehre, nicht zu ruhen und zu rasten, sondern in gleichwertiger täglicher Kleinarbeit um die Sympathien der Arbeiterchaft zu ringen, bis sie endlich erkennt, daß nur die kommunistische Partei einzig und allein ihre Interessenvertreterin ist.

## Aus dem Riesengebirge

### Nette Zustände bei der Firma Klein & Ende

Die obengenannte Firma baut die Entlastungsstraße von Kaiserwald bis Voigtzdorf. Die Arbeiten werden als Kaiserwaldarbeiten ausgeführt und die Arbeiter vom Arbeitsamt Hirschberg zugewiesen. Die Firma glaubt also, die Arbeiter als Fremdenlegionäre betrachten zu können. Auf der ganzen Strecke sind nur zwei Hauswaben vorhanden, die aber infolge des Zerfallens des Daches nicht mehr zu benutzen sind. Auch sind die Kolonnen zu weit davon entfernt, als daß bei Regengüssen dieselben als notwendiger Unterschlupf benutzt werden könnten. So bleibt den Arbeitern nichts weiter übrig, als im Regen mit Freien zu bleiben. Wir fragen hiermit die Gewerbeinspektion, ob sie von diesen Zuständen Kenntnis hat und fordern sofortige Wdhilfe. Arbeiter, der Hund dieser Firma leidet besser als ihr. Wir haben uns schon einmal mit derselben Firma beschäftigt und werden von jetzt ab ein besonderes Augenmerk auf sie richten.

## Ein Young-Plan-Pogt

Am letzten Sonntagabend fand in Seifershan im „Gasthof zum Pöschchen“ eine Erwerbslosenversammlung statt. Der Genosse Doole vom Erwerbslosenrat Peterdorf hielt das Referat über die Erwerbslosenversicherung und die Wohlfahrt. Seine Ausführungen wurden mit Begeisterung aufgenommen. Es wurde ein Ausschuss in Stärke von sieben Kollegen gewählt. Eine kleine Marke scheint bei dortigen Wohlfahrtsempfänger bei dem Herrn Vorsteher erschienen, um sich ihre Unterstützung abzuholen, da erklärte dieser Herr: „Von heute ab gibt es vier Wochen lang keine Unterstützung mehr. Ihr könnt ja zu den Banern Hartoffels haben gehen!“ Hier kann man wohl von einer Verhöhnung der Ausgeheuerteten sprechen. Wir raten dem Herrn Amtsvorsteher, sich ein wenig mit der Fürsorgepflichtverordnung vertraut zu machen. Den Wohlfahrtsempfängern von Seifershan raten wir zu: Seht hin zum Amtsvorsteher und fordert die euch zu Unrecht zurückbehaltene Unterstützung!



# Oberschlesien

## Schafft den Kampfbund gegen den Faschismus

Das Landeskartell der Antifaschistischen Arbeiterwehren für das obereschlesische Industriegebiet hat zu dem Aufruf des Antifaschistischen Kartells Stellung genommen und begrüßt die Initiative zur Schaffung einer einheitlichen Abwehrfront gegen die faschistische Gefahr. Auch in Oberschlesien werden die Faschisten immer heftiger, hängen sich die Versuche der Terrorisierung der Arbeiterschaft durch die Faschisten. Auch in Oberschlesien ist darum die Organisation der Abwehr notwendig.

Das Landeskartell der Antifa macht sich darum den Aufruf des Antifaschistischen Kartells zu eigen und übernimmt die Aufgabe der Organisation des Kampfbundes gegen den Faschismus in Oberschlesien. Alle Antifaschistischen Arbeiterwehren, Betriebswehren und Arbeiterschützorganisationen werden hierdurch aufgefordert, sofort in ihren Versammlungen zu dem Aufruf Stellung zu nehmen und den korporativen Anschluß an den Kampfbund gegen den Faschismus zu beschließen.

In allen Orten, wo Antifaschistische Arbeiterwehren bis jetzt nicht bestanden, fordern wir die Arbeiter zur Gründung von Ortsgruppen des Kampfbundes gegen den Faschismus auf. In allen Orten müssen Ortsgruppen des Kampfbundes gegen den Faschismus geschaffen werden.

### An alle Arbeiter Oberschlesiens ergeht aber der Ruf:

Stärkt die antifaschistische Front!  
Tretet ein in den Kampfbund gegen den Faschismus!  
Landeskartell der Antifa.

Anmeldungen von Korporationsmitgliedern und Neugründungen, Anforderung von Material und Auskunft sowie alle Fragen sind zu richten an: Franz Wuttke, Hindenburg-Diakonie, Dauter Hof 9.

## Neuer Anschlag Stegerwalds auf die Knappschaftsmitglieder

### Erhöhung der Beiträge oder Herabsetzung der Leistungen

Der zentralistische und christliche Gewerkschaftsführer und derzeit Reichsarbeitsminister Stegerwald hat durch seine Verordnung vom Juli d. J. durch die Krankenschein- und Steuergeldder mehr als 3 Millionen Mark aus den Taschen der kranken Bergarbeiter geraubt. Damit nicht genug. Jetzt bereitet dieser Reichsarbeitsminister einen neuen Anschlag gegen die Bergarbeiter vor. Unter dem 1. Oktober d. J. hat er an die Reichsknappschaft einen Brief geschickt. In diesem Brief weist er darauf hin, daß der Woban der Belegschaften im Vergleich immer weitere Fortschritte macht. Infolge der Belegschaftsverminderung würden auch die Einnahmen der Knappschaft an Beiträgen zurückgehen. Die Knappschaft würde dadurch einen Einnahmenschwund erleiden. Dagegen habe er noch, daß die im Mai 1929 vom Reichstage auf Grund der sogenannten 2. Ordnung bewilligten 40 Millionen Mark, die aus der Lohnsteuer jährlich der Reichsknappschaft überwiesen werden, in Zukunft weggelassen sollen. Schon in diesem Jahre soll die Reichsknappschaft nur 10,5 Millionen erhalten.

Den Raub dieser 40 Millionen begründet Stegerwald mit dem Finanznot des Reiches. Aus diesen Gründen, so sagt er, wird die Knappschaft recht bald Sparmaßnahmen in Aussicht nehmen müssen, da andere Mittel nicht in Aussicht stehen, um die Vermögenslage der Knappschaft zu bessern. Stegerwald schlägt dann auch hier sofort die Wege vor, die gegangen werden sollen, er sagt:

„Der § 132 des Reichsknappschaftsgesetzes gibt dem Verwaltungsträger die rechtliche Möglichkeit, die Spannung zwischen den Einnahmen und Ausgaben durch Maßnahmen der Selbstverwaltung zu mildern.“

Was mit Hilfe des § 132 des Reichsknappschaftsgesetzes soll die Finanznot überwunden werden. Was sagt nun der § 132 des Reichsknappschaftsgesetzes? Darin heißt es:

„Die Beiträge und Zuschläge der Mitglieder sind so zu bemessen, daß sie unter Hinzurechnung der Beiträge der Arbeitgeber und sonstiger Einnahmen der Personalklassen ausreichen, alle Aufwendungen aus der Pensionsversicherung zu decken und außerdem eine Rücklage anzusammeln, bis zur Höhe der durchschnittlichen Jahresausgabe jeder Pensionsklasse während der letzten drei Jahre.“

Da nun die Einnahmen der 40 Millionen des Reichszuschusses wegfällt und auch durch die Verminderung der Belegschaften um mehr als 100 000 die Beitragseinnahmen zurückgehen werden, müssen die Beiträge für die noch in Arbeit stehenden erhöht werden, um Ausgaben und Einnahmen auszugleichen. Das ist das Rezept Stegerwalds. Bei den erbärmlichen Löhnen, die die Bergarbeiter erhalten, und der Tatsache, daß jetzt schon die Knappschaftsbeiträge 12 bis 14 Prozent betragen, wird eine Beitragserhöhung kaum möglich sein, weil sie ja gleichzeitig auch eine Lohnkürzung der Bergarbeiter bedeutet.

Über Abs. 3 und 4 des Reichsknappschaftsgesetzes zeigen auch noch einen anderen Weg. In diesen Absätzen des Paragraphen heißt es nämlich:

„Genügen die Beiträge nicht den Vorschriften des Absatzes I und II, so sind sie entsprechend zu erhöhen, oder die Leistungen entsprechend zu mindern.“

(Absatz IV.) Die Minderung kann sich auch auf die schon bewilligten oder rechtskräftig festgestellten Pensionsklassen.

Leistungen erstrecken, wenn sie nicht schon vor Inkrafttreten der Minderung fällig geworden sind.“

Ist also eine Beitragserhöhung nicht möglich, dann müssen die Leistungen entsprechend gemindert werden. Die Leistungen der Knappschaftspensionsklassen sind die Renten der Invaliden, der Witwen und Waisen. Diese sollen herabgesetzt werden. Die Anweisung Stegerwalds ist daher nichts anderes, als ein Raub an den Invaliden, Witwen und Waisen der Bergarbeiter. Mindestens 40 Millionen Mark sollen diesen Vermögenden der Armen geraubt werden. Da die Reichsknappschaft im Jahre 1929 eine Ausgabe allein in der Knappschaftspensionsversicherung von rund 200 Millionen Mark hatte, bedeutet dieser Raub von 40 Millionen eine Rentenkürzung, die Stegerwald beabsichtigt, von etwa 20 Prozent.

Stegerwald weiß aber, daß ein solcher Raub kaum von den Organen der Bezirksknappschaften oder der Reichsknappschaft beschloffen wird, deshalb macht er schon jetzt auf Abs. V des § 132 aufmerksam. Darin heißt es nämlich:

„Unterläßt die Reichsknappschaft, die nach Abs. 3, 4 erforderlichen Abänderungen der Satzungen zu beschließen, so hat der Reichsarbeitsminister die Beschlußfassung anzuordnen. Wird die Anordnung nicht befolgt, so ändert der Reichsarbeitsminister von sich aus die Satzung von Amts wegen mit rechtsverbindlicher Wirkung.“

Damit soll diktatorisch der Rentenraub angeordnet werden, falls die Vertreter der Knappschaftsorgane sich sträuben sollten, von sich aus solche Raubbeschlüsse zu fassen.

Die Bergarbeiter können aus diesen Plänen Stegerwalds erneut erschauern, was gegen sie geplant wird.

Darum gilt es alles zu mobilisieren gegen diesen neuen Rentenraub und gegen die Stegerwald-Brüning-Regierung und ihre Helfer, die sozialfaschistische Bürokratie. Es gilt, den Kampf zum 1. November zu organisieren für Lohnkürzung und Erhöhung der Renten für Invaliden, Witwen und Waisen.

## Knappschaftsmitglieder, wer frißt euer Geld?

Der Vorstand der obereschlesischen Knappschaft hat im Juli dieses Jahres eine Vorstandssitzung nach Altheide einberufen, und an dieser Sitzung haben 14 Vorstandsmitglieder unter Leitung des ersten Vorsitzenden Piech teilgenommen. Und diese Sitzung kostete der Knappschaftskasse 3353,20 Mark, hinzu kommen noch die Kosten für die Gesellschaftsfahrten, die man anschließend an die Sitzung durchführte, die sich vielleicht auch auf 300 Mark belaufen werden. Zu erwähnen ist, daß diese Herren in der Villa „Bergmannsruh“ auf Kosten der Knappschaft gegessen und genächtigt haben.

Die Sitzung hätte ruhig im Industriegebiet stattfinden können, dadurch wäre ein großer Teil der Kosten erspart geblieben. Die Verschwendung von Beitragsgeldern der Bergproleten geschieht im Einverständnis mit dem Vorsitzenden der Knappschaft, des Gewerkschaftssekretärs Piech, während auf der anderen Seite die Leistungen der Knappschaft abgebaut und die Anträge der Mitglieder und ihrer Angehörigen abgelehnt werden. Gegen diese Miß- und Vorkommnisse muß die Mitgliedschaft ankämpfen und die Abberufung dieser Arbeiter-„Vertreter“ erzwingen.

geht der Verkehr in Richtung Bieschowa ab 21,04 stündlich, in Richtung Deuthen ab 20,55 Uhr halbstündlich.

### Gleiwitz

**Achtung! Esperanto-Anfängerkurs!**  
Der Arbeiter-Esperanto-Bund, Ortsgruppe Gleiwitz, eröffnet seinen diesjährigen Anfängerkurs am 1. November. Die Kurse finden statt in der Schule 11, Kalisbadstraße, und sind kostenlos.

Esperanto ist eine unentbehrliche Waffe in dem Kampfe des internationalen Proletariats um seine Existenz. Alle fortgeschrittenen Arbeiter und Arbeiterinnen werden ersucht, mit ihren erwachsenen Kindern an den Kursen teilzunehmen. Zweck Anforderung eines genügend großen Klassenzimmers ist die vorherige Anmeldung der Kurssteilnehmer unbedingt erforderlich.  
Anmeldungen nimmt entgegen Mois Lupin, Kalisbadstraße 13

## Gemeinde Karf um 31 000 Mark durch Drzejska geschädigt

Deuthen. Die Berufungskammer verurteilte am Sonnabend nachmittag in dem Prozeß gegen den ehemaligen Kassendirektor der früheren Gemeinde Karf, Drzejska, nachfolgendes Urteil:  
Die Berufung des Angeklagten Drzejska gegen das auf 1 Jahr 5 Monate Gefängnis lautende Urteil des Schöffengerichts vom 10. Juli wird auf Kosten des Angeklagten, die Berufung des Staatsanwalts auf Kosten der Staatskasse verworfen. Das Gericht glaubt, daß bei dem Angeklagten der Zweck, ihn zu bessern, schon dadurch erreicht sein wird, daß er von der erkannten Strafe nur ein Jahr verbüßt. Es ist ihm darum für fünf Monate Bewährungsfrist eingeräumt worden. Wegen der Höhe der Strafe und der Nähe der Grenze ist das Urteil weiter der Ansicht gewesen, daß Kluchwedacht

## Treff die Vorbereitungen für die Revolutionsfeiern

Rechtzeitig ist in den Ortsgruppen mit den Vorbereitungen der in der Zeit vom 7.—9. November stattfindenden Revolutionsfeiern zu beginnen. In den Funktionärsitzungen und Mitgliederversammlungen, welche in der Zeit vom 10.—26. Oktober durchzuführen sind, muß zur Vorbereitung derselben Stellung genommen, Tag und Programm schon festgelegt werden. In allen größeren Orten müssen die Revolutionsfeiern mit vorhergehenden Kundgebungen und Demonstrationen verbunden werden. Die Ortsgruppen erhalten noch rechtzeitig nähere Anweisungen.  
Bezirksleitung der KPD.

Die Ausgabe für die „Arbeiter-Zeitung“ befindet sich beim Genossen Schlowa, Gleich, Barbarsstraße 11.

### Kreuzburg

## Deutschnationaler Gemeindevorsteher beschimpft die Erwerbslosen

Nieder-Schmarzt. In der letzten Gemeindevorsteherwahl wurde der Antrag eines erwerbslosen Arbeiters auf Bewilligung einer Armenunterstützung behandelt. Der Antragsteller ist verheiratet, hat drei Kinder und ist seit dem 7. Juni 1930 aus der Erwerbslosenfürsorge ausgesteuert. Der kommunistische Rätekomitee sprach für die Bewilligung der Unterstützung, während die bürgerlichen Vertreter den Antrag ablehnten. Der deutschnationale Parteiführer beschimpfte die Erwerbslosen als Faulenzer, die gut gelöhnt gehen und nicht arbeiten wollen. Von unseren Genossen wurde dem P. in einer gebührenden Weise geantwortet.

Die arbeitende Bevölkerung von Nieder-Schmarzt muß aus der Haltung der bürgerlichen Vertreter ihre Konsequenz ziehen und unter Führung der kommunistischen Partei den Kampf gegen die höfische parlamentarische „Demokratie“ führen.

### Oppeln

## Unternehmer Kandziora kann das Prügeln nicht lassen

Wir haben bei öfteren den Prügelhahn Kandziora in unserer Zeitung gebrandmarkt. Des Weiteren, wo bleibt der Schuß den Lehrlingen gegenüber? Es spielte sich auf der Baustelle an der Schloßregierung, wo Kandziora die Schichtarbeiten ausführt, folgendes ab. Ein Lehrling sollte dem anderen Lehrling zum Frühstück Brot von zu Hause mitbringen; weil er dies nicht tat, schimpfte Kandziora den Lehrling in einer ganz gemeinen Weise. Nicht allein die Lehrlinge werden geschlagen, sondern noch den größten Schikanen ausgesetzt. So müssen die Lehrlinge bei der jetzigen kalten Jahreszeit den ganzen Tag barfuß bis an die Arme im Grundwasser arbeiten und sich so ihre Gesundheit ruinieren. Von den Arbeitern verlangt Kandziora, daß sie sich außer ihrer Schaufel noch einen Spaten kaufen sollen, wenn nicht, so will er den Betrag für einen Spaten jedem Arbeiter vom Lohn in Abzug bringen. Kollegen, laßt euch eine solche Behandlung nicht länger gefallen!

Ausfall der Ferkelmärkte und des nächsten Viehmarktes. Infolge der im Umkreise von Oppeln immer noch herrschenden Maul- und Klauenseuche fallen im Stadtkreise Oppeln die sonst an jedem Montag stattfindenden Ferkelmärkte bis auf weiteres aus. Aus gleichem Grunde fällt auch der Viehmarkt am 28. Oktober dieses Jahres aus; der Auftrieb von Vieh jeder Art ist verboten. Dagegen bleibt der Stammmarkt am 28. Oktober bestehen.

## Jeden Morgen gehst du

in den Betrieb, zur Stempelstelle und kommst dort mit anderen Proleten, ausgebeutet wie du, zusammen. Sie bedrückt die gleiche Not, sie hungern. Sie kämpfen aber noch nicht mit der KPD, weil ihnen die sozialdemokratische, die bürgerliche und faschistische Presse täglich Gift einflößt und sie betrügt. Nimm deine Zeitung mit in den Betrieb, die kommunistische Presse wird ihnen die Augen öffnen. Gib deine Zeitung täglich weiter!

Solort austreten! Solort eintraten!

## Aufnahmeschein

Kampfbund gegen Faschismus

Name: .....

Wohnung, Ort: ..... Straße: .....

Betrieb: .....

....., am ..... 1930

(Ort)

(Unterschrift)

## Gemeinsamer Kampf kann den geplanten Gehaltsraub in der Montanindustrie verhindern

Wir entnehmen aus der bürgerlichen Presse zu dem Gehaltskonflikt der obereschlesischen Montanangestellten folgende Notiz:

Auf Grund der vom Arbeitgeberverband für die Werke der Oberschlesischen Montanindustrie erfolgten Kündigung der Gehaltsstaffel für die Angestellten der Werke des Arbeitgeberverbandes der Oberschlesischen Montanindustrie zum 31. Oktober d. J. haben am 11. Oktober d. J. zwischen dem Arbeitgeberverband und den Angestellten-gewerkschaften Verhandlungen stattgefunden. Da die Vertreter der Angestellten-gewerkschaften den von Arbeitgeberseite verlangten zehnprozentigen Gehaltsabbau grundsätzlich ablehnten, soll der Schlichter für Schlesien angetufen werden.

Die Führer der Angestellten-gewerkschaften unternehmen nichts, um die Angestellten der Oberschlesischen Montanindustrie gegen den geplanten zehnprozentigen Gehaltsabbau zu mobilisieren, vielmehr rufen sie nach dem Schlichter, um so nach einem gefälligen Schiedsspruch dem Kampf aus dem Wege zu gehen. Die Angestellten müssen sich darüber klar werden, daß dieser Weg zum Schlichter nicht in ihrem Interesse liegt, sondern im Interesse der Unternehmer. Den Beweis dafür hat die Schlichtungspraxis zur Genüge geliefert. Wollen die Angestellten verhindern, daß ihre Hungergehälter noch weiter gesenkt werden, dann müssen sie mit den Arbeitern gemeinsam kämpfen, weil nur ein gemeinsamer Kampf einen Sieg auch für sie verbürgt. Deshalb müssen Betriebsversammlungen der Angestellten abgehalten, zu der Lage des Gehaltskonflikts Stellung genommen und die entsprechenden Kampfmaßnahmen beschlossen und durchgeführt werden.

### Rokitnitz

Der neue Straßenbahnfahrplan. Infolge Verkehrsänderungen hat der Winterfahrplan leider Einschränkungen im Gefolge, die sich durchweg auf die Abendstunden beziehen. Vom Rathaus



# Französischer Blutkurs in Indochina

Imperialistenpresse gefeiert die grausamste Unterdrückung ein

Paris, 12. Oktober. Nach einer Erwähnung auf dem 12. d. M. zusammengetreten, um 100 Verurteilungen, die des Komplotts gegen die Sicherheit des Staates und anderer schwerer Verbrechen angeklagt sind. Man erwartet wieder mehrere Todesurteile.

Der französische Imperialismus kann seine Herrschaft in Indochina nur noch mit dem schärfsten Blutkurs aufrechterhalten. Doch diese Blutspur geht purpurn aus! Heute schon sind es nicht mehr tausende, nicht hunderttausende, — heute sind es Millionen und aber Millionen geknechteter Kolonialsklaven, die im engen Bündnis mit dem Proletariat der imperialistischen Großmächte allen Bluturteilen trotzend das Banner der Revolution entrollen.

★

Die revolutionären Erhebungen in Indochina sind für den französischen Imperialismus von solch ernsthafter Bedeutung geworden, daß die führenden Zeitungen der Bourgeoisie sich mehr und mehr mit den Verhältnissen in dieser Kolonie befassen und dabei zugeben müssen, in welcher entsetzlichen Weise das indochinesische Volk geknechtet wird.

Hören wir z. B., was im „Echo de Paris“ René Balande in einer Artikelserie über Indochina feststellt:

„Das indochinesische Volk leidet entsetzlich... Der Armee annamitische Kulte muß jährlich 2 Pfaster 60 Steuern bezahlen. Mit den Zuschlagrenten macht das ungefähr 5, also etwa 50 Franken aus. Das ist sehr viel für einen Familienvater, der nur 40 Sous im Tag verdient. Und man spricht von neuen Steuererhöhungen. Erfolgen die jüngsten Manifestationen, die Cochinchina erschütterten, nicht unter der doppelten Forderung auf Herabsetzung des Reispreises und der Steuern?“

Der Kolonialminister pries die Ergebnisse der vom französischen Imperialismus korrumpierten eingeborenen Beamten, Verwaltungen und Mandarine, sowie auch die hervorragenden Eigenschaften des ganzen höheren Beamtentrosses aus der Metropole!

Wie steht's damit?

René Balande stellt fest, daß in Indochina eine namenslose Korruption besteht. Ueber die eingeborenen Staatsbeamten, durchweg vom französischen Imperialismus gekaufte Subjekte, die als Stützpunkt der französischen „Zivilisation“ verherrlicht werden, sowie auch über die Beamten aus der Metropole, lesen wir: „Die Käuflichkeit der eingeborenen Beamten ist eines dieser Krebsübel und dabei das hartnäckigste...“

Diese Subjekte saugen die hungernden Arbeiter und Bauern bis auf das Blut aus.

Aber auch die französischen Kolonialbeamten handeln nicht anders. Darüber heißt es: „Bedauerliche Tatsachen haben unglücklicherweise dieser Unschuldigung einige Berechtigung gegeben... Die Mandarine sind leibhaftige Plünderer.“

Das beständig nicht mehr als wir bisher immer schrieben. Der Kolonialismus bedeutet Verbrechen, Mord, Plünderung und den legalisierten Raub und Diebstahl.

Selbst die französische Regierungspresse muß also die schamlose blutbesudelte Kolonialpolitik eingestehen, der mit seiner Herde höherer Kolonialbeamten die Eingeborenen bis aufs Blut auspreßt.

Heißt das aber etwa, daß die bürgerliche Presse die schändliche Kolonialausbeutung verurteilt? Nicht im geringsten. Sie sind im Gegenteil die aktiven Verteidiger ihres Imperialismus und der blutbesudelten kapitalistischen „Zivilisation“ in den Kolonialländern.

Deshalb muß die Arbeiterklasse mit den Klassenbrüdern in den Kolonien den Kampf gegen den gemeinsamen Unterdrücker verfechten und den Befreiungskampf des indochinesischen Volkes mit allen Mitteln unterstützen.

## Wahlaufruf der KP. Oesterreichs

# Roter Kampfblut gegen den Faschismus

Gegen imperialistische Raubverträge — für ein Sowjet-Deutschland

Das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Oesterreichs, die Wiener „Rote Fahne“, veröffentlichte in ihrer Sonntagnummer den Wahlaufruf, mit dem die österreichischen Kommunisten in den Wahlkampf gehen.

Der Aufruf stellt zunächst fest, daß in der Regierung Baugoin-Geipel-Starhemberg eine brutale faschistische Diktaturregierung zur Macht gelangt ist und daß die Schuld an dieser ganzen Entwicklung in Oesterreich die verächtliche Politik der Sozialdemokratie trägt. Der Aufruf zieht die Bilanz aus dem ganzen sechsjährigen Kampf zwischen Sozialdemokratie und Kommunisten in Oesterreich und zeigt, wie

der Weg von Otto Bauer nicht der Weg zum Sozialismus, sondern der Weg zum Faschismus

war. Der Aufruf stellt fest, daß jetzt noch unter Baugoin die Sozialdemokratie ihre Kapitulation und ihren Verrat fortsetzt.

Die KP. Oesterreichs kämpft gegen Baugoin, Helmswehr, Halenkruz und Schöber, gegen den faschistischen Terror, gegen die Entwaffnung der Arbeiter, für ihre Bewaffnung, gegen die Zertrümmerung der Arbeitslosen- und Sozialversicherung, für ihren Ausbau und ihre Erweiterung auf Kosten der schärfsten Beteiligung des Kapitals und Streichung der Ausgaben für Polizei, Gendarmerie und Bundesheer, gegen den Raub der Rechte der Eisenbahner, gegen Lohnabbau und Stilllegungen, für den Streikentzug und Lohnsenkung, für die Bestrafung der Kleinbauern und der werktätigen Mittelbauern von den Steuern und vom Pachtzins.

Darüber hinaus zeigt der Aufruf den Ausweg zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch den Sturz des Kapitalismus und ruft auf zum Kampf für den

Sturz der faschistischen Diktatur für die Diktatur der Arbeiter, für ein Sowjetdeutschland. Er ermahnt die Arbeiter dieser Wahl, Faschismus oder Kommunismus

Gleichzeitig nimmt der Aufruf gegen die Unterdrückung der Werktätigen durch das ausländische Finanzkapital Stellung, daß alle bürgerlichen Parteien in Oesterreich die Sozialdemokratie nur das lächerliche Instrument des imperialistischen Raubvertrages von Versailles, für das Selbstbestimmungsrecht der Völker Oesterreichs, gegen den Einfluß Deutschlands, für den Einfluß Sowjetdeutschlands.

Mit besonderer Schärfe richtet sich der Aufruf gegen den Nationalsozialismus. Der Aufruf für die Verbindung zwischen dem Kampf der Arbeiter gegen den Faschismus und für ein Sowjetdeutschland fest.

Er stellt fest, daß die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen in einer gemeinsamen Front kämpfen müssen, in Oesterreich die Front auszurichten.

★  
Wien, 13. Oktober. Die Kommunistische Partei hat in jedem Wahlkreis eine Liste mit Kandidaten aufgestellt.

Die Wahlkämpfer der Kommunisten sind von prächtiger Kampfstimmung getragen. Freiliche und parteilose Arbeiter erklären in

# Massenstreiks gegen Sondergesetze

Die revolutionäre Flut in Spanien steigt

Madrid, 13. Oktober. Um ihre brutalen Maßnahmen gegen die streikenden Arbeiter zu rechtfertigen, legt die spanische Diktaturregierung Nachrichten von einer „republikanischen Verschwörung“ in die Welt.

Kommunisten und Mitglieder der Gewerkschaften sind in der vergangenen Nacht in großer Zahl verhaftet worden. In zahlreichen Städten, so in Malaga, Coruna und San Sebastian sind sämtliche Waffen in den Waffengeschäften von der Regierung beschlagnahmt worden.

Die Sicherheitspolizei hat bedeutende Kräfte in mehreren Hauptstädten der Provinzen zusammengezogen. Die Truppen sind mit Maschinengewehren ausgerüstet.

In verschiedenen Städten Kataloniens sind trotz der Sondergesetze neue Arbeitergruppen in den Streik getreten. In Sevilla, wo die Gewerkschaftsführer verhaftet worden sind, ist ebenfalls ein Teil der Arbeiter in den Streik getreten. Man berichtet den Generalstreik.

# Roter Vormarsch in China

Schanghai, 12. Oktober. Der Vormarsch der Roten Armee in Kiangsi breitet sich rasch aus. Die Stadt Kiang, südwestlich von Nanchang, wurde von ihnen besetzt, wobei die Regierungstruppen nur schwachen Widerstand leisteten. Die roten Truppen bedrohen somit unmittelbar die Hauptstadt der Provinz Kiangsi, seitdem sie alle strategisch wichtigen Punkte

südlich und nordöstlich von Nanchang bereits in ihren Händen haben. Die Regierungspresse ist über das Schicksal „äußerst besorgt“.

# Norwegische Arbeiter streikieren gegen KZD-Rach

Rundgebung vor der deutschen Gesandtschaft

Oslo, 13. Oktober. Am Sonntag fand überfüllte Kundgebung statt, die sich gegen den Vorschlag der deutschen Bourgeoisie gegen den Staat hohen Justizstrafen für Hausbesitzer und KZD-Rach der Beschlagnahme demonstrierender Arbeiter vor dem Gebäude der deutschen Gesandtschaft ein und verhaftete drei Personen.

# Die Kämpfe um Brasilien

Paris, 12. Oktober. Jowas berichtet aus einer Meldung der Zeitung „Imparcial“ zufolge der kuzkubischen die Stadt Sao Paulo bombardiert. Revolutionäre Truppen seien gegen den Staat den reichsten und wichtigsten Bundesstaat Brasiliens. Einer noch nicht bestätigten Nachricht zufolge soll ein Transportzug mit Regierungsmehrere Meter hohen Abhang hinabgestürzt sein. Bisher nicht bekanntgeworden. Der amerikanische „Penacola“ hat Befehl erhalten, sich in die Gewässer zu begeben, um die amerikanischen Brasilien aufzunehmen, falls sich das als weisen sollte.



(Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin.)

## 13. Fortsetzung.

„Gottverdammt! Hast ihr denn Knarren genug?“  
Mähler sah den Kreis, der sich Kopf an Kopf um den Tisch gedrängt hatte, fragend an: „Wer hat eine Knarre?“  
„Hast deine Presse, Wilim!“ — Karl Pomodny, ein Bauer von Jüderstein, zeigte mit dem Arm nach den Fenstern hin, wo er einen Scharten zu sehen glaubte. „Nicht so laut, sag ich dir. Der Krüm schnüffelt herum!“

„Wer hat eine Knarre oder Pistole?“ fragte wieder Mahler, gedämpft.

„Die du rausgejagt hast“, brummte Karl Pomodny, „die aus dem Ledigenheim, die konnten wir jetzt gebrauchen, die haben welche!“

„Die werden benachrichtigt“, erwiderte Mahler, „du kannst gleich mit ihnen sprechen!“

„Jetzt, wo du ihnen die Tür gewiesen hast, die blauen dir jetzt was!“

„Nach kein Maul, Karl, du gehst hin und erklärst ihnen die Sache! Bestelle sie um eins in die Mühlenkühle hin! Sie sollen die Gewehre mitbringen!“

Karl Pomodny brummte unverständlich vor sich hin, warf einen ärgerlichen Blick auf den Vertrauensmann, trank glucksend den Bierrest aus seinem Glas hinunter und stand auf. „Ich will mit ihnen sprechen, wer sie aber nicht kommen, dann halt du's eingebrockt!“

Er sah noch einmal argwöhnisch nach den Fenstern, warnte: „Pakt nur auf!“ und verließ den Raum.

„Wer weiß noch jemand, der eine Waffe hat?“ fragte Mahler. Es waren vier Mann, die Gewehre meldeten. Zwei hatten Pistolen.

„Aber ohne Munition“, betonte der eine.  
„Munition muß dann verteilt werden. Die anderen, die auch hinbestellt sind, werden wohl was mitbringen!“

Paul Kentel, ein junger Schiefermeister von Ernestine, sah abwärts und trommelte mit den biden Knöcheln seiner Hände bei jeder Feststellung einer Waffe auf die Tischplatte. Er versuchte schon einige male, etwas zu sagen.

„Für alle Fälle“, sagte er nun, habe ich mir ein paar Handgranaten gemacht!“

Er lachte und kniff listig die Augen, wie ein Hund, der in der Sonne liegt. Die anderen räusperten sich und stießen ein unterdrücktes Lachen aus. „Du verfluchter Hund! Hast du die Polizei doch angeschmiert?“ sagte einer.

„Ich mach die Dinger für mich und nicht für die Polente!“ erwiderte Kentel.

„Laugen sie auch was?“ fragte Mahler.  
„Der Viechhof wackelt, wenn so'n Brieft rinhaut!“

Kentel kniff seine Augen noch mehr. — Als er einmal eine seiner Konjektenbomben probeweise in der Mühlenkühle freipieren ließ, da plachten in den umliegenden Häusern der Ernestinen-Kolonie der Wörtel und die Tapeten. Man glaubte, im Pakt wäre ein Unglück geschehen. Die ganze Kolonie geriet in Aufregung. Später fing ein Lucheln an, daß Kentel Bomben ausprobiert hätte. Die Polizei lockte ihn ein, machte eine Hausdurchsuchung, fand nichts Verdächtiges vor und mußte Kentel wieder laufen lassen. Diese Erinnerung war die Ursache zu seinem selbstgefälligen Knurren. —

„Ein MG wäre gut dabei!“  
Mähler keh wieder seine Blicke in die Runde schweifen.  
„Der Philipp hat eins!“ — sagte Kentel.  
„Welcher Philipp?“

„Der Flapfige vom Berg! Aber ein Kerl, der hält, was er packt!“

„Kann er das Maul halten?“  
„Das tut er schon, sonst hätte er sein Maschinengewehr längst zum Deumel!“

„Mit Munition?“

„Mit!“ — Kentel grinste breit. „Mit kannst doch nicht schiefen!“

Trotz der gefährlichen Situation neues Geld Mahler sah erschrocken nach den Fenstern hin nossen!“ warnte er.

„Kentel, du gehst sofort zu dem Kumpel hi ihn mit in die Mühlenkühle! Pakt aber auf, daß er nicht erwischen! Die Wachen sind heute nacht werden jedenfalls nicht bösen!“

Sie warteten noch eine Weile, während Mahler sprach. Sie stritten sich über etwas. Es zu verstehen.

„Und wir?“ fragte Franz Kreuzat, der die neben Raup gefesselt hatte.

„Wir machen mit! Das ist doch klar!“  
„Womit?“

„Wenn du nichts hast, nimmst dir einen gute.“  
„Das tu' ich auch!“

Mähler und Zupp Jermad hatten sich schon „Los, jetzt ohne viel Gerede nach Hause!“  
„Fritz, du übernimmst mit Zupp die Führung sich in der Mühlenkühle einfinden! Ein Kurier u das Weitere verständigen!“

Fritz Raup verfiel sich Sekundenlang. Er nie schnell überdachte er die Gefahr. Es war nicht wenigen Gewehren eine bis an die Zähne bewaff auszubeugen oder herauszuhalten.

„Hast du Bedenken, Fritz?“ — fragte Mahler spöttisch.

„Ich...? Nein!“  
„Dann an ihm!“

Sie waren draußen. Franz Kreuzat schloß Mahler ärgerte. „Kreuzat!“

Franz blieb stehen und sah auf den Vertraue „Komm du mit mir! Ich kann dich brauchen!“  
„Ich wollte erst noch nach Haus“, erwiderte Mutter, verstehst du, die brummt mir immer die Mahler ließ ein kurzes, spöttisches Lachen triegste denn die Brust?“

Franzens Gesicht wurde blutrot. Er schloß ein Schuljunge.